

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,00 M., im voraus zahlbar. Postbezug 2,20 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren. 72 Pf. Postbezug für den Auslandabonnements 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Beilagen „Sport und Zeit“ und „Kinderfreund“. Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Blitz in die Südbühnen“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die 11. Sitzung des Reichstages am 11. Dezember 1929. — Reichstag: „Reine Kassen“ des jetzigen Reichstages. — 12. Sitzung des Reichstages am 12. Dezember 1929. — 13. Sitzung des Reichstages am 13. Dezember 1929. — 14. Sitzung des Reichstages am 14. Dezember 1929. — 15. Sitzung des Reichstages am 15. Dezember 1929. — 16. Sitzung des Reichstages am 16. Dezember 1929. — 17. Sitzung des Reichstages am 17. Dezember 1929.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wollfr. 65. D. L. u. Zik.-Gef., Postfach 11000 Berlin.

Heute spricht Müller.

Am Sonnabend voraussichtlich Abstimmung.

Heute nachmittag 3 Uhr wird Reichszankler Hermann Müller im Reichstag für die Regierung das Wort ergreifen. Er wird sich über die politische Gesamtsituation angesichts der bevorstehenden zweiten Haager Konferenz aussprechen und dem Reichstag auseinandersetzen, aus welchen Gründen die Regierung zu ihrem vielumstrittenen Finanzprogramm gekommen ist. Darüber hinaus wird er Erklärungen abgeben, die eine Antwort des Reichstags erfordern; aber wie diese Erklärungen formuliert sein werden, steht noch dahin. Eine offizielle Mitteilung über die gestrige Nachmittagsitzung des Reichskabinetts gibt einige Andeutungen, aber noch keine Klarheit. Sie lautet nämlich:

In der Nachmittagsitzung des Reichskabinetts wurde die politische Lage besprochen. Dabei ergab sich als einmütige Auffassung der Reichsregierung, daß über das von ihr den Parteiführern vorgelegte Finanzprogramm die alsbaldige Entscheidung des Reichstags herbeizuführen ist.

Würde das Wort „alsbaldig“ gleichbedeutend sein mit „sofortig“, so wäre eine ablehnende Antwort mit Sicherheit vorauszusetzen.

Die heutige Sitzung wird, nachdem die Regierung gesprochen hat, abgebrochen werden. Am Freitag und Sonnabend wird man debattieren. Die entscheidende Abstimmung ist demnach für Sonnabend zu erwarten.

Eine Parteiführerbesprechung, die für gestern abend vorgesehen war, ist auf heute morgen vertagt worden. Die sozialdemokratische Fraktion scheidet um 12 Uhr. Nach der Regierungserklärung werden alle Fraktionen zusammentreten, um über ihre Haltung in der bevorstehenden Aussprache zu entscheiden.

Obwohl die Reichsregierung weiß, daß ihr Rücktritt in diesem Augenblick außerordentliche Schwierigkeiten für das Reich mit sich brächte und obwohl sämtliche Regierungsparteien in diesem Punkte mit ihr vollständig einig sind, ist noch immer der Ausgang ungewiß.

So gut wie alles hängt jetzt davon ab, wie die Regierung heute im Reichstag ihre Sache führen wird.

Ueber die gestrige Abenditzung des Zentrums wird berichtet:

Die Zentrumsfraktion des Reichstags, in der Abg. Brüning Bericht erstattete, sah zwar keinen formellen Beschluß, brachte aber zum Ausdruck, daß sie unter Vorbehalt der Stellungnahme in Einzelheiten einmütig dem Programm der Reichsregierung zuzustimmen entschlossen ist. Dabei wurde als selbstverständlich vorausgesetzt, daß die anderen Regierungsparteien eine ähnliche Haltung einnehmen. Der Gedanke, die Finanzreform auf dem Wege über ein Ermächtigungsgesetz zu erledigen (Wer denkt daran?! Red. d. „V.“), wurde von der Fraktion einmütig abgelehnt.

Sehr aufschlußreich gestaltete sich die gestrige Finanzdebatte des Landtags. Wir verweisen auf den Bericht, insbesondere auf die vortreffliche Rede des Vertreters der Sozialdemokratie Dr. Hamburger.

Reaktionär bis auf die Knochen.

Wie die Wirtschaftspartei sich eine Finanzreform vorstellt.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei fordert von der Reichsregierung in einem Antrage ein Finanzprogramm, das folgende Maßnahmen vorsieht: Die Haushaltspläne für 1930, 1931 und 1932 sind 15 Prozent unter dem Etat von 1929 zu halten. Auf Länder- und Gemeinden soll im Sinne einer gleichen Entlastung eingewirkt werden. Alle Steuern, deren Erhebungskosten in keinem Verhältnis zum Steuerertrag stehen, sollen beseitigt werden. Verbrauchssteuern sollen grundsätzlich nur vom Reiche erhoben werden dürfen. Weiter werden gefordert: Beseitigung der Rentenbankzinsen, der Industriebelastung, der Hauszinssteuer und der Realsteuern, reichsgerichtliche Begrenzung aller sonstigen Sondersteuern, Beseitigung der steuerlichen Bevorzugung der öffentlichen Hand, der Konsumvereine usw., Staffelung der Umsatzsteuer, Schaffung eines Zuschlagrechts zur Einkommensteuer, Schaffung einer Wohnbauabgabe in Form eines Sonderzuschlags zur Einkommensteuer, Aufhebung aller die Wirtschaft hemmenden Gesetze, Auflösung oder Veräußerung der von der öffentlichen Hand betriebenen Unternehmungen, Beseitigung aller Reste der Zwangswirtschaft und Umgestaltung der sozialen Gesetzgebung.

Vor der Entscheidung!

Das Finanzprogramm und die Parteien.

Auch der Mittwoch hat keine Klarheit gebracht. Den ganzen Tag haben Verhandlungen der Fraktionen, der Parteiführer allein und mit der Regierung stattgefunden, ohne daß bisher ein Ausweg gefunden worden wäre. Alle Parteien betonen jedoch, daß sie nicht die Absicht haben, die Regierung zu stürzen, weil sie wissen, daß eine Regierungskrise die Kassen- und Finanzschwierigkeiten des Reiches nicht beheben, sondern außerordentlich vergrößern würde.

Wenn man die augenblickliche Lage verstehen will, muß man sich zunächst ins Gedächtnis rufen, wie es zu ihr gekommen ist. Das Memorandum des Herrn Schacht fällt nur zeitlich mit der Ankündigung des Finanzprogramms der Reichsregierung zusammen, ist aber nicht seine ausschlaggebende Ursache. Die Reichsregierung hatte bereits vor Veröffentlichung des Memorandums den Entschluß gefaßt, ihre Pläne zur Reform der öffentlichen Finanzen in den Grundzügen der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Für diesen Entschluß war die Erwägung maßgebend, daß die Aufnahme eines größeren Kredits zur Ueberwindung wieder aufgetauchter, erheblicher Kassen- und Finanzschwierigkeiten für Ende Dezember nur möglich sein werde, wenn zuvor Reichsregierung und Reichstag ihre Bereitwilligkeit zeigten, nach der Annahme des Young-Planes eine umfassende Finanzreform vorzunehmen.

Die 14 Punkte, durch die die Reichsregierung die Grundzüge ihrer Finanzreform aufgezeigt hat, sollten diesem Zwecke dienen. Aber so löblich die Entscheidungsfähigkeit der Regierung und ihr Wille zur Führung auch sind, so läßt doch die Aktion der Regierung außer acht, daß es unmöglich ist, die Regierungsparteien im jetzigen Augenblick auf eine Finanzreform festzulegen, die nur in allgemeinen Grundzügen, nicht aber in Gesetzesvorlagen bekanntgegeben wird, eine Finanzreform, von der man weder zu sagen vermag, ob ihre Voraussetzungen richtig sind, noch ob ihre Wirkungen zutreffend eingeschätzt werden. Diese Bedenken sind inzwischen in fast allen Regierungsparteien aufgetaucht. Für die Sozialdemokratie aber kommt als besondere Erwägung hinzu, daß sie nur eine Finanzreform unterstützen oder fördern kann, die die öffentliche Finanzwirtschaft in ihren Grundlagen festigt. Sie hat deshalb immer verlangt, daß vor dem Beginn einer Finanzreform der Haushalt des Reiches und seine Kassenverhältnisse in Ordnung gebracht werden müssen, und daß eine Finanzreform sich in einem Ausmaß halten muß, das eine ordentliche Haushaltsführung gewährleistet.

Auch einzelne Punkte des Regierungsprogramms haben in der sozialdemokratischen Fraktion starke Bedenken ausgelöst. Obwohl nicht verkannt wird, daß von einer Finanzreform ein starker Antriebs zur Ueberwindung von Wirtschaftsschwierigkeiten und Massenarbeitslosigkeit ausgehen kann, so wird man doch von einer Finanzreform verlangen müssen, daß sie die Steuerbelastung nicht zu ungünstigen gerade der schwächsten Schichten verändert, und daß sie die sozialen Verpflichtungen der öffentlichen Körperschaften nicht in eine enge Zwangsjacke preßt. Die Neugestaltung der Verbrauchssteuern, das Ausmaß der Senkung von Besitzsteuern, vor allem aber die Neuordnung der finanziellen Beziehungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden sind so schwerwiegende und komplizierte Fragen, daß sie nicht zwischen Tür und Angel gelöst werden können. Auch die Kreise, denen an einer wirtschaftlich zweckmäßigen und sozial einwandfreien Finanzreform gelegen ist, haben deshalb ein Interesse daran, daß diese großen Fragen nicht ohne sachliche Prüfung erledigt werden.

Wir wollen auch nicht verkennen, daß das neue Finanzprogramm sehr viele Forderungen der Großkapitalisten unerfüllt läßt. Am besten zeigt das die Stellungnahme der Reichsregierung zur Kopfsteuer. Man weiß, daß alle bürgerlichen Parteien und alle bürgerlichen Mitglieder des Reichskabinetts die Einführung einer Kopfsteuer, die mit den Realsteuern der Gemeinden verbunden ist, verlangt haben. Der Widerstand der sozialdemokratischen Reichsminister hat dem einen Kiesel vorgeschoben. Das Programm der Regierung enthält deshalb nur die Anregung auf Einführung eines beweglichen Faktors in das Steuerwesen der Gemeinden, und läßt somit alle Möglichkeiten offen.

Wahrscheinlich werden die Meinungsverschiedenheiten wegen des allgemeinen Steuerprogramms der Regierung im Augenblick dadurch überwunden werden, daß der Reichstag dieses Programm zwar zur Kenntnis nimmt, jedoch keine Entscheidung darüber herbeiführt. Das bedeutet, daß die Parteien ihre Stellung bis zu dem Augenblick offen lassen, wo Gesekentwürfe der Regierung eine konkrete Entscheidung verlangen. Die Regierung hält jedoch zur Ueberwindung der Kassen- und Finanzschwierigkeiten zwei Sofortmaßnahmen für notwendig. Und zwar sind

Schacht gibt nicht nach!

Berliner Dollarleihe noch nicht genehmigt. — Krach in der Beratungskstelle.

Die erste Sitzung der Beratungskstelle hat gestern stattgefunden. Die Vertreter Berlins sind über die 15-Millionen-Dollar-Anleihe gehört worden, die Sitzung hat stundenlang gedauert, eine Entscheidung ist aber nicht gefallen. Die Verhandlungen wurden auf Freitag mittag vertagt.

Wie wir hören, ist es während der Beratung zu sehr scharfen Auseinandersetzungen gekommen. Der Vertreter der Reichsbank soll jede Schwierigkeit gemacht haben, die nur denkbar war, so daß an eine Einigung nicht gedacht werden konnte. Schließlich ist die Sitzung mit dem Beratungskbeschlusse aufgebrochen, und die Teilnehmer sind mit roten Köpfen auseinandergegangen. Die Annahme ist berechtigt, daß sowohl die Reichsvertreter als auch die Ländervertreter für die Genehmigung der Anleihe sind und daß der einzige Widerspruch von der Reichsbank ausgeht.

Der Widerspruch des Vertreters der Reichsbankpräsidenten ist aus sachlichen Gründen nicht mehr zu erklären. Eine eigentliche Genehmigung neuer Gelder ist nach dem jetzigen Stande der Dinge nicht mehr erforderlich. Die Spartakassen- und Blozenträle wie auch die Stadt Breslau haben sich nämlich bereits erklärt, von den ihnen bereits genehmigten Anleihekontingenten, die weit über den Dollarkredit der Stadt Berlin hinausgehen, zugunsten Berlins keinen Gebrauch zu machen, so daß der Reichsbankpräsident sich eigentlich nur noch gegen die Höhe der Verzinsung wenden könnte, die aber nach allgemeinem Urteil durchaus angemessen ist.

Der Widerspruch der Reichsbank läßt sich also nur aus politischen Gründen erklären.

Angesichts dessen ist es von ernster Bedeutung, wie weit der Widerspruch der Reichsbank Entscheidungen der Exekutive, denn um solche handelt es sich auch bei der Beratungskstelle, noch unmöglich machen darf.

Die Rechtslage ist so, daß die Beratungskstelle die Anleihe auch gegen den Widerspruch der Reichsbank beschließen kann, und daß auf den Einspruch der Reichsbank eventuell eine nochmalige Sitzung der Beratungskstelle stattfinden muß, in der der Reichsfinanzminister, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsbankpräsident persönlich die endgültige Entscheidung mitzutreffen haben. Die Reichsregierung muß sich darüber klar werden, daß ihrem Ansehen nicht gedient ist, wenn sie vor den übertriebenen Ansprüchen des Reichsbankpräsidenten zurückweicht!

Mit Bomben für Hugenberg!

Bombenanschlag eines Jungstahlhelmers.

Gumbinnen, 11. Dezember.

In der Nacht zum 10. Dezember hat der 19jährige Besitzersohn Karl Moritz in Friedrichsberg, Kreis Darkehmen, einen selbstgefertigten Sprengkörper vor die Haustür des Besitzers Moritz in Friedrichsberg gelegt und zur Explosion gebracht. Durch Sprengstücke wurden Haustür und Wand beschädigt. Der Täter, der der Jungstahlhelmergruppe angehört, gibt an, daß er mit der Bombe den Besitzer, der sich gegen das Volksgesetz betätigte, einen Schreck hab einjagen wollte. Er wurde in Haft genommen. Das Strafverfahren ist eingeleitet.

dies die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ein halbes Prozent und die Erhöhung der Besteuerung der Zigaretten und des Rauchtobaks bereits ab 1. Januar 1930. Auch darüber bestehen noch Meinungsverschiedenheiten. Die Deutsche Volkspartei möchte nach wie vor die Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung in unmittelbarem Zusammenhang mit der ganzen Finanzreform erblicken. Die Sozialdemokratie dagegen, die die Beitragserhöhung immer als unerlässlich angesehen hat, hat sowohl wegen des Ausmaßes der Erhöhung der Tabakbesteuerung als auch wegen des Weges sehr starke Bedenken. Stärkere Erträge aus der Tabakbesteuerung sind nach ihrer Meinung am besten durch das Zigarettenmonopol zu erreichen, da dadurch eine Mehrbelastung der Verbraucher verhindert wird.

Ob es in diesen beiden Fragen zu einer Verständigung kommt, läßt sich in diesem Augenblick nicht sagen. Die Möglichkeit, daß die Deutsche Volkspartei die Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung zu einer Sprengaktion benutzt, ist nicht völlig ausgeschlossen. Aber ganz gleichgültig wie die Entscheidung ausfällt, wird man immer berücksichtigen müssen, daß auch diesmal, wie schon im Frühjahr dieses Jahres, die Ursachen der politischen Schwierigkeiten in dem Geldmangel der Reichskasse zu suchen sind.

Man versteht von da aus, warum die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf die Sanierung der Kassenlage ein so großes Gewicht legt. Einstweilen ist die „Forderung des Tages“, daß eine politische Krise vermieden wird, die kein Reich mit gesunden fünf Sinnen wollen kann.

Angestellte gegen Hugenberg.

Sie fordern seinen Rücktritt.

Hamburg, 11. Dezember.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlicht eine Erklärung des Angestelltenausschusses der Deutschnationalen, in der es u. a. heißt: Die Angestellten im Landesverband Hamburg der Deutschnationalen Volkspartei siehe einmütig und geschlossen hinter ihrem Führer, dem Reichstagsabgeordneten Lambach. Sie fordern in dieser Schlüsselstunde mit allem Ernst den Rücktritt des Parteiführers Hugenberg, „da nur“ so heißt es weiter, „durch seine Einseitigkeit und sein Herrschaftsbedürfnis diese ernste Krise entstehen konnte.“ Die Erklärung schließt: „Wo im parteipolitischen Betrieb Lambach auch stehen mag, wir stehen hinter ihm.“

Neuer Ordnungsblock in Thüringen?

Die Rechtsparteien verhandeln.

Weimar, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Christlichnationalen Bauern- und Landvolkpartei hat durch ihren Führer Staatsrat a. D. Höfer die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei zu einer Vorbesprechung über die Regierungsbildung zum Dienstag, dem 17. Dezember, eingeladen. Diese Bemühungen des Landbundes gehen entsprechend dem Ausschluß der Bauern darauf hinaus, eine neue Ordnungsbundregierung, ohne Beteiligung der Demokraten, zu bilden. Die Nationalsozialisten fordern angeblich das Innenministerium.

Gemeindegrenzen und Verfassung.

Klagen gegen den preussischen Staat abgewiesen.

Der Staatsgerichtshof hat am 11. d. M. die Klagen einzelner Gemeinden, des Preussischen Landgemeindetages und der deutschnationalen Reichstagsfraktion gegen die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes vom Dezember 1927, betreffend die Änderung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes, abgewiesen. Damit hat die Auffassung der preussischen Staatsregierung obgesiegt, daß Änderungen von Gemeindegrenzen durch Gesetz nicht der in der Verfassung gewährleisteten Selbstverwaltung widersprechen.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Abendausgabe.)

Einspruch gegen Provinzialwahlen.

In Schleswig-Holstein.

Alel, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Gegen die Provinziallandtagswahlen in Schleswig-Holstein vom 17. November hat die Sozialdemokratische Partei Einspruch erhoben, da eine Verletzung des § 12 des Gesetzes für die Wahlen zu den Provinziallandtagen erfolgte, und zwar dadurch, daß in den verschiedenen Wahlkreisen der Provinz unter dem gemeinsamen Kennwort „Heimat und Wirtschaft“ nicht die gleichen Parteien und Gruppen zusammengefaßt worden sind. Es wird daher beantragt, die Provinziallandtagswahlen vom 17. November für ungültig zu erklären.

Gelehriger Schüler Leows.

Unterstützungen eines Rotfrontführers.

Karlsruhe, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Dieser Tage ist eine der stärksten Stützen der kommunistischen Bewegung in Baden gefallen, der seitherige Gauführer Dettmer des Roten Frontkämpferbundes. Eine Kontrolle der Kassenbücher ergab, daß verschiedene Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind; es konnte Dettmer nachgewiesen werden, daß er Organisationsgelder für seine persönlichen Zwecke verbraucht hatte. Die genaue Höhe der unterliegenden Beträge läßt sich noch nicht genau feststellen. Dettmer mußte seine Verfehlungen zugeben; er wurde aus dem Roten Frontkämpferbund ausgeschlossen. Damit die Mitglieder und die Deckungsquelle von der Sache nichts erfahren, sollte Dettmer für sich und seine Familie Fahrkarten erhalten, um nach seiner Heimat in Hannover abgehoben zu werden.

Entmilitarisierung im Westen. Auf dem großen Verschiebebahnhof Ehrang bei Trier wird die Verlagerung am Westausgang des Bahnhofs, die im Jahre 1913 für die Offensiv gegen Frankreich errichtet wurde, in Verfolg des Entmilitarisierungsprogramms für die rheinischen Bahnen abgebrochen. Die Arbeiten sind in diesen Tagen aufgenommen worden. Auch die 1,5 Kilometer lange Rampe in Wengeroth an der Bahnstrecke Koblenz-Trier wird abgebaut.

Die mazepouischen Fememörder haben den Postamtseiler Mice Stansew, einen Feind des Terrors, gemuschelt. Er war seit einem Vierteljahrhundert Sozialdemokrat.

Schundliteratur aus Reichsmitteln?

Die Leistung eines völkischen „Gelehrten“. — Er schimpft auf Reichskosten.

In dem wegen seines heftigen Kassenbündels berüchtigten Verlag von E. F. Lehmann in München hat ein Herr Ludwig Schemann ein Buch erscheinen lassen: „Hauptepochen und Hauptvölker der Geschichte in ihrer Stellung zur Rasse“. Die Sorte „Wissenschaft“, die sich in diesem Buche auslebt, mag aus folgenden Stellen ersichtlich werden:

Seite 391: ... dies wäre natürlich nicht denkbar gewesen, wenn nicht das allgemeine Gesetz, nach welchem das Individuum vornehmlich auf Säulensboden gedeiht, auch auf die Vereinigten Staaten gründlich keine Anwendung gefunden hätte ...

Seite 396: Diese zersetzenden Einflüsse gipfeln in den großen Weltmächten Juda und Rom, haben neuerdings ein immer leichteres Spiel bei uns gewonnen. Ihnen ist es nicht allein gelungen, den alten Gegensatz zwischen dem Norden und Süden unseres Vaterlandes neu zu vertiefen, nein, was schlimmer ist, mittels des unseligsten der Völkerzeuges der Rassen, der ja ganz jüdische Rasse ist, ist unser ganzes Volk auseinandergerissen worden, so daß heute Sabels Wort fast wie ein Hohn erklingt, nur die Kinderhülle der Deutschen auch nur das sein will, was wir gestern waren, die Mehrheit dagegen in hoffnungsloser Verfallenslosigkeit einem solchen Willen gegenübersteht.

Seite 397: Scheinend chronische und jäh akute Ursachen haben zusammengewirkt, um unser anthropologisches Bild demassen zu verändern. Zu erstere gehört das immer stärkere Ueberhandnehmen der Rassenlässe, die Bastardisierung durch Fremdmischungen — der deutsche Volkstörper ist schon heute derartig jüdisch, in der weiblichen Linie zumal, durchäuert, daß es in zahllosen Fällen einfach unmöglich ist, zu scheiden — die beschleunigte Abnutzung und die Entnationalisierung durch die Industrie, zu letztere der Weltkrieg, der die Ausrottung der Völkern in einem noch nie dagewesenen Grade gefördert hat. Dank ihm und seiner Tochter, der Revolution, ist es erst ganz jütage gekommen, wie tief wir rassistisch gesunken waren. ... Zum Herremolle von je verdorben, sind wir nun vollends zum Bedienten — zum Heilermolle herabgesunken, das die Streiche und Auftritte, die ihm aus allen Windrichtungen werden, in seiner großen, sehr weit hinaufreichenden Masse ruhig hinnimmt und sich völlig wohl dabei fühlt. Das sogenannte deutsche Volk zeigt in Wahrheit den Tiefststand nur noch eine deutschsprechende Menschmenge mit immer weniger nordischem Blut und immer wachsend unheimlicher Bestimmung. Bergedens luchen die Heiden, die ihm geblieben, es noch zu Taten emporzureißen. ... Bieleicht, daß ein politischer Umschwung auch die Rasse noch ein-

mal vor dem Schlimmsten bewahrt und ihr noch ein Dasein, wenn nicht in Ehren, doch ohne Schande fristet. Denn das gegenwärtige ist kein solches. Wird sie aus ihm nicht emporgerissen, muß sie mit allem, was wir noch von Kultur besitzen, verenden — verenden in einer Bestäubung, in der nur der Reder Mensch noch gedeihen kann, allem Odien aber der Atem ausgeht. Am Ende der Arena, in der sich die heutigen Völker tummeln, steht die Bestia trionfante. Vom Nachbarreiche grinst sie schon zu uns herüber.

Natürlich rechnet sich Herr Schemann zu den Odien und Hoden, uns alle aber zur „Bestäubung“ und zur „triumphierenden Bestie“. Man empfindet, wie der Herr sich schämt, zum „sogenannten“ deutschen Volke zu gehören, das freilich auch nicht eben stolz sein dürfte, einen solchen sogenannten Denker herorgebracht zu haben.

Indes würden wir uns mit den Druckschwärze erscheinend, nicht weiter befaßen. Zu einem öffentlichen Skandal wird dieser unreife und unbeherrschte Schreiber jedoch, wenn man in der Vorrede seines Schundwerkes liest:

„... und neben ihm habe ich sodann mit warmem Danke der Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zu gedenken, welche mich nicht nur durch eine zweimalige Bewilligung in den Stand gesetzt hat, mir auf Erholungsreisen die für die Abfassung der beiden bisher erschienenen Bände nötigen Kräfte zu verschaffen, welche auch durch fortlaufende Unterstützungen es bewirkt, daß ich diese Kräfte verhältnismäßig sorgenfrei in den Dienst meiner Sache stellen kann.“

Die Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft wird jährlich mit Millionen summen aus dem Reichshaushalt des „sogenannten deutschen Volkes“ unterstützt! Als gelegentlich der letzten Haushaltsberatungen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stark bezweifelte, ob die Rotgemeinschaft die Mittel immer für notwendige wissenschaftliche Arbeit verwende, machten der Zentrumsabgeordnete Prof. Dr. Schreiber und andere in großer Entrüstung:

Nun liegt ein Fall vor, der selbst als Einzelercheinung gewertet, standis ist und die Verantwortlichen der „Rotgemeinschaft“ stark belastet. Der Reichsinnenminister und der Reichstag werden mit der „Rotgemeinschaft“ und ihren anscheinend kritiklosen und unaufmerksamen parlamentarischen Schutzherren ein deutliches Wort reden müssen. Gänzlich unwissenschaftliche, rein demagogische Naturen wie dieser Schemann dürfen von einer ernstlichen Gemeinschaft von Gelehrten nicht unterstützt werden.

Etat der Angestelltenversicherung.

Festsetzung des Voranschlags für 1930. — Günstige Finanzlage.

Der Verwaltungsrat der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte tagte am 10. und 11. Dezember, um insbesondere den Voranschlag für das Kalenderjahr 1930 zu verabschieden.

Am 1. Verhandlungstag fanden die Vorbereitungen im Haushaltsausschuß und im Heilverfahrensausschuß statt. Die Anzahl der Heilverfahrensanträge ist immer noch im Steigen begriffen, die Steigerung beträgt 10 Proz. und belief sich in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Oktober auf 111 468 Anträge. Im gleichen Zeitraum betrug die Zahl der Einweisungen in Heilanstalten, Sanatorien und Bäder 40 087. Nach wie vor gibt die Zahl der abgelehnten Heilverfahrensanträge zu stärksten Bedenken Anlaß. Die Gesamtausgaben für Heilverfahrenszwecke sind in dem vorerwähnten Zeitraum gegenüber 1928 um 23 Proz. gestiegen, es wurden rund 19 Millionen ausgegeben.

Dem Ausschuß zur Prüfung abgelehnter Heilverfahrensanträge lagen im gleichen Zeitraum nur 1572 Fälle, also nur ein sehr geringer Bruchteil aller abgelehnten Anträge zur Nachprüfung vor. Darin kommt zum Ausdruck, daß die meisten Versicherten immer noch nichts von der Existenz dieses Beschwerdeausschusses wissen, den sie anrufen können, wenn die Verwaltung ein Heilverfahren abgelehnt hat. Die Beschwerden sind an den Beschwerdeausschuß beim Direktoratium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, Ruhstrasse 2, zu richten. Die Tätigkeit dieses Ausschusses war nicht gerade sehr ergiebig für die Versicherten, denn in 90 Proz. der Fälle bestätigte er den abweisenden Bescheid.

Die Beratung über die Neuausgabe des Merkblattes für die Einteilung eines Heilverfahrens hat Gelegenheit zu einer gründlichen Beratung über die Praxis des Heilverfahrens und ihre Verbesserung. Der Vertreter des A.V. Bundes hatte schon vorher schriftlich eine Reihe von Vorschlägen eingereicht, die mit zur Erörterung standen. Ein Teil der Vorschläge fand Berücksichtigung, in wesentlichen Punkten konnte man sich jedoch nicht zur Annahme entschließen. Wichtig ist, daß in dem neuen Merkblatt der Versicherte darauf aufmerksam gemacht wird, daß er gegen einen abgelehnten Antrag den Beschwerdeausschuß anrufen kann.

Einen breiten Raum nahm auch die Erörterung des Ausbaues der Heilverfahrenstatistik ein. Vom Beginn

des nächsten Jahres ab wird insbesondere eine Aufstellung der nichtbewilligten Heilverfahren nach 10 Gruppen erfolgen. Der Vertreter des A.V. Bundes hatte außerdem gefordert, daß die Zahl derjenigen abgelehnten Anträge festgehalten werden sollte, wo der Beschwerdeausschuß die Notwendigkeit der Gewährung durch die Angestelltenversicherung bejaht hatte; dieser Vorschlag ist leider auch abgelehnt worden. Dagegen sollen diese Feststellungen bei den Anträgen gemacht werden, die den Beschwerdeausschuß beschäftigen.

Für die Gesundheitsfürsorge sieht der Voranschlag für das Kalenderjahr 1930 einen Betrag von 26 Millionen vor. Von den Beträgen des A.V. Bundes wurde geltend gemacht, daß dieser Betrag zu knapp bemessen ist. Der Verwaltungsrat beschloß, daß nach einem halben Jahr eine Nachprüfung erfolgen solle, damit nötigenfalls wieder wie in diesem Jahr rechtzeitig eine Nachbewilligung erfolgen könne.

Die Beitragseinnahme läßt der Voranschlag für das Jahr 1930 auf 367 Millionen, es ist das der Betrag, der in diesem Jahr eingehen wird. Die tatsächlichen Einnahmen für 1929 ist also um 18 Millionen größer, als es der Voranschlag vorsah.

Diese Entwicklung ist auch für 1930 zu erwarten, denn nichts spricht dafür, daß im Beitragseingang bereits ein Beharrungszustand eingetreten wäre. Ebenso günstig ist die Entwicklung bei den Einnahmen von Zinsen, die tatsächlichen Einnahmen für 1929 sind um 10 Millionen höher wie der Voranschlag vorsah. Für 1930 sind an Zinseinnahmen 94 519 000 M. veranschlagt, auch hier wird die Wirklichkeit günstiger sein. Die Nettoausgaben für Rentenleistungen werden für 1930 mit rund 140 Millionen veranschlagt, fast 70 Proz. können also allein aus den Zinseinnahmen gedeckt werden. Der Vermögenszuwachs für 1930 wird mit rund 277 Millionen veranschlagt, es ist zu erwarten, daß er tatsächlich noch höher sein wird.

So ergibt sich eine sehr günstige Entwicklung der Finanzlage der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Angesichts solcher erfreulichen Tatsachen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geforderte Ausbau der Leistungen sehr wohl möglich ist. Bei der Beratung der inzwischen vom Reichsrat verabschiedeten Novelle muß das geschehen.

Aus der Separatistenzeit.

Heid und das „Bayerische Vaterland“.

München, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Das Münchener Monarchistenblättchen „Das Bayerische Vaterland“, das seit Jahren als Ablagerungsstätte gewisser Stänkergruppen innerhalb der Bayerischen Volkspartei sich benützen läßt, hatte sich am Mittwoch vor dem Gericht wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten Dr. Heid zu verantworten. Das Blatt hatte den Kläger landesverräterischer Handlungen bezichtigt, indem es ihm vorwarf, im Jahre 1923 separatistische Postüßungsbestrebungen der Pfalz unterstützt zu haben. Im Verlaufe der Verhandlung stellte sich heraus, daß der eigentliche Urheber und Schreiber des Artikels der Domkapitular Hildenbrand in Sprer ist, ein ehemaliger Landtagsabgeordneter der Bayerischen Volkspartei, der wegen seiner Rolle bei den letzten Wahlen auf die Parteileitung sehr schlecht zu sprechen ist. Der interessanten Zeugenaussage des Reichstagsabgeordneten Bayerdörfer war folgendes zu entnehmen: zwei Pläne seien damals nebeneinander hergelaufen. Der eine spielte auf die Autonomisierung der Pfalz und ihre völlige Loslösung vom Deutschen Reiche ab, der andere habe die Errichtung

eines rheinischen Staates innerhalb Deutschland bezweckt. Wäre eine solche rheinische Republik zustande gekommen, ohne daß die Pfalz und Hessen mitgelassen hätte, dann wären diese beiden Gebiete für Deutschland verloren gegangen. Darum habe auch der bayerische Gesandte in Berlin, Preger, eine Eingliederung in einen solchen rheinischen Staat für das kleinere Uebel gehalten. Die bayerische Regierung habe sich aber einer solchen Bestrebung energisch widersetzt und der damalige völksparteiliche Fraktionsvorsitzende Heid habe erklärt, man könne die Pfalz wohl mit Gewalt nehmen, aber Deutschland würde sie früher oder später wieder mit Gewalt zurückholen. Der französische Oberkommissar Liard habe einmal in einer Besprechung erklärt, daß sich die pfälzische Bevölkerung bereits für die Autonomie ausgesprochen habe, und weiter habe er gesagt, daß der separatistische Gedanke besonders bei den besseren Schichten zu finden sei und um so eifriger gepflegt werde, je weiter man den Rhein entlang nach Süden gehe. Es gelang dem Prozeßvertreter des Ministerpräsidenten Heid leicht, den Verdacht von sich abzumwälzen. Die Parteien einigen sich schließlich in einem Vergleich, bei dem das „Bayerische Vaterland“ 500 M. und die gesamten Kosten zu tragen hat. Dagegen will Dr. Heid gegen seinen eigentlichen Widersacher, den Domkapitular Hildenbrand einen neuen Prozeß wegen Verleumdung anstrengen.

Labours Kohlenindustriegesetz.

Wichtige Reorganisationsmaßnahmen / Siebenstundentag

London, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Text des Gesetzentwurfes zur Reorganisation der englischen Kohlenindustrie wird am Donnerstag veröffentlicht werden. Wie der „Daily Herald“ mitteilt, werden die Bergwerksbesitzer durch das Gesetz gezwungen, den Verkaufvereinbarungen beizutreten, die in den 21 Kohlenbezirken, die durch das Gesetz geschaffen werden, bestehen sollen. Ein Zentralkomitee bestimmt die Höhe der Gesamtproduktion, die quotenmäßig auf die einzelnen Bergwerksbetriebe verteilt werden. Strafen für Uebertretungen der Quoten können von Gesetzes wegen eingeführt werden. Das Handelsministerium muß alle neuen Bestimmungen der Kartelle begutachten. Exportprämien sind vorgesehen, sollen aber nicht in Anwendung kommen, wenn internationale Abmachungen getroffen werden. Für die Bergarbeiter wird der Siebenstundentag eingeführt. Die Arbeiter sind in dem zu errichtenden nationalen Lohnkomitee vertreten. Dieses Komitee soll nur in Funktion treten, wenn die Distriktsorganisationen zu keiner Einigung über den Lohn kommen.

Die Fronde der Lords.

London, 11. Dezember.

Lord Salisburys (Konjunktio) Antrag im Oberhaus, in dem dieses aufgefordert wird, zu erklären, daß es die Ueber-eile bedauere, mit der die Politik der Arbeiterregierung in Ägypten begonnen wurde, wurde mit 46 gegen 13 Stimmen angenommen.

Krach im belgischen Parlament.

Nachspiel zu der Utrechter Dokumentenfälschung.

Brüssel, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Kammer setzte am Mittwoch die Debatte über die Sprachenfrage fort. Bei der Rede des wallonischen Sozialisten Huben kam es zu äußerst heftigen Bärmiszen. Huben sagte unter Auspielung auf die Utrechter Dokumentenfälschungen, daß es in der Kammer Dokumentenfälscher gäbe. Der an der Utrechter Affäre beteiligte flämisch-nationalistische Abgeordnete Ward Hermans unterbrach hier den Redner während und wies auf die Ministerbank, wo sich die wirklichen Fälscher befänden. Man möge nur von Herrn Gaspar Aufklärung fordern. Darauf entstand ein unbeschreiblicher Lärm. Die flämisch-nationalistischen Abgeordneten und die Mitglieder der Regierung warfen sich die wüsten Beleidigungen an den Kopf. Dieser Radau dauerte ungefähr eine halbe Stunde, so daß der Präsident die Sitzung vertagen mußte.

Französischer Protestschritt in Moskau.

Weil in der Armee für Sowjetrußland gesammelt wird.

Paris, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Wie wir aus gutunterrichteten Kreisen erfahren, hat der französische Botschafter in Moskau am Dienstag eine Demomarche beim russischen Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten unternommen, um gegen die von der französischen kommunistischen Partei in der Armee unternommene Sammlung zugunsten der Sowjetregierung zu protestieren. Wie die „Humanité“ dieser Tage triumphierend zu verkünden mußte, soll diese Sammlung 40 000 Dollar ergeben haben.

Kriegsrecht in Shanghai.

Neue kommunistische Unruhen.

London, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Ueber Shanghai wurde nach den kommunistischen Unruhen in der Gegend des Nordbahnhofes am Dienstag der Kriegszustand verhängt. Die Berichte aus China lassen die Lage nicht klar erkennen.

Rebellenvormarsch auf Kanton und blutige Kämpfe.

Shanghai, 11. Dezember. (Reuter.)

Nach Meldungen aus Kanton war die Armee der Rebellen am Montag abend nur noch 27 Meilen von der Stadt entfernt. Die Nachrichten aus chinesischer Quelle sprechen von einem heftigen Gefecht, das sich mehrere Stunden hingezogen hat. Von Kanton aus werden dem Vormarsch umfangreiche Truppenreserven entgegengeworfen. Die Späher sind mit Verwundeten überfüllt.

Alle Dampfer, die aus Kanton in Hongkong eintreffen, sind dicht besetzt, da die Beamten ihre Familien auf englisches Gebiet in Sicherheit bringen.

Auf dem Kriegsschiff „Peking“ an der Peking-Hankow- und Tientsin-Pukau-Bahn sind Regierungskräfte von den Rebellen angegriffen worden.

Heimwehrterror in Wien.

Gegen den christlichen Arbeiterführer.

Wien, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

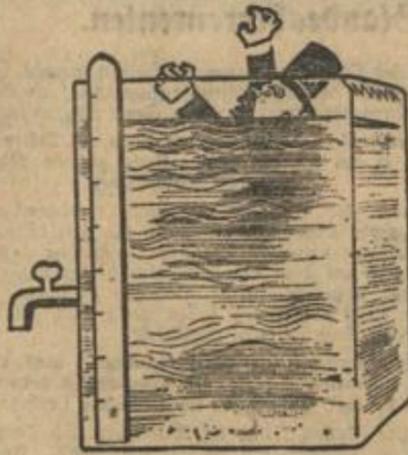
Heimwehrleute versuchten eine Versammlung des christlich-sozialen Führers Runschak zu sprengen. Wie ein christlichsozialer Abendblatt berichtet, haben die Heimwehrler, nachdem sie von den Ordnern hinausgedrängt waren, nach Schluß der Versammlung noch einmal zu randalierten angefangen und wollten die Versammlung für sich neu eröffnen. Als sie von den Versammlungsteilnehmern hinausbefördert werden sollten, begannen sie gegen diese mit Gummiknüppeln und anderen Werkzeugen vorzugehen, wobei es zu mehreren Verletzungen kam. Die Polizei nahm drei Heimwehrleute fest.

Heimwehr demonstriert noch immer.

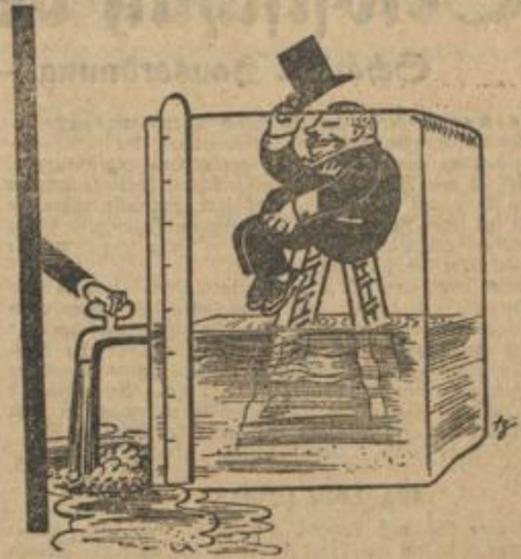
Wien, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Heimwehren haben in den letzten Tagen wiederum mehrere militärische Aufmärsche veranstaltet. Der Republikanische Schutzbund erwidert darauf, daß er zwecks Bekämpfung der Republik in letzter Zeit von der Veranstaltung von Uebungen und Aufmärschen abgesehen habe. Er sei infolge der andauernden Bürgerkriegsbege der Heimwehren nunmehr jedoch gezwungen, aus eigener Reserve herauszutreten und werde am Sonntag, dem 13. Dezember, in der Umgebung von Wien einen Propaganda- und Befeldemarsch veranstalten.

Der Hilferuf.



Der Industrielle: „Hilfe! Steuer-fenkung — oder ich ertrinke!“



(Nach der Senkung): „Danke schön!“

26 Stimmen Mehrheit für Tardieu

Französischer Soldatenlohn: 4 Pfennig am Tag.

Paris, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Die französische Kammer hat am Mittwoch in einer an Zwischenfällen reichen Sitzung die Beratung des Kriegsbudgets fortgesetzt. Nicht weniger als dreimal war die Regierung gezwungen, die Vertrauensfrage zu stellen. Nachdem die Rede Roginots vom Dienstag die Generalausprache des Budgets abgeschlossen hatte, ging man am Mittwoch zur Behandlung der einzelnen Punkte über. In der Vormittags-sitzung schilderte der Sozialist Rivière die Gefahren des gegen-seitigen Wettrüstens der Völker, das unaufhaltsam zu einem neuen Kriege führen müsse. Ein sozialistischer Antrag, das Budget an die Kommission zurückzuverweisen, wurde abgelehnt. Die ersten zwölf Kapitel des Budgets wurden darauf angenommen.

Bei der Beratung des Budgets des Generallahns beantragte der radikalsozialistische Parteiführer Daladier eine Kürzung des betreffenden Postens um 5 Millionen als Demonstration gegen das perschwenderische Regime der Militärverwaltung. Der Berichterstatter und der Kriegsminister Maginot nahmen gegen den Daladier'schen Antrag Stellung und Maginot stellte die Vertrauensfrage. Der Antrag wurde mit 330 gegen 288 Stimmen abgelehnt. Die Diskussion der folgenden Kapitel verlief ohne jeden Zwischenfall. Aber bei der Besprechung des Soldes der Infanterie kam es zu neuen heftigen Zusammenstößen zwischen der Regierung und der Opposition, als der Sozialist Rognon eine

Erhöhung des Tageslohnes für gemeine Soldaten von 25 Centimes (4 Pf.) auf einen Franc

fordert. Finanzminister Chéron lehnte diese Erhöhung ab, „da sie das Gleichgewicht des Budgets stören würde“. Es kam zur zweiten Abstimmung, in der die Regierung die Majorität behielt.

In der Nachmittags-sitzung kam der Sozialist Ferrand nochmals auf die skandalöse Entlohnung der Mannschaft zu-rück, deren Sold nicht einmal hinreicht, damit sie einen Brief an ihre Angehörigen schreiben könnten. Er schlug nochmals eine Erhöhung, diesmal auf 50 Centimes, vor. Der Finanzminister Chéron zeigte sich zuerst einem Kompromiß nicht abgeneigt, erklärte aber sodann, durch Zurufe der Opposition, die ihm seine schwankende Haltung vorwarf, geteilt, jeden Zusatz zu dem Budget-vorschlag abzulehnen. Es kam nach erregter Diskussion zur dritten Abstimmung, in der die Regierung mit 308 gegen 276 Stimmen wiederum die Majorität behielt.

Kurz vorher gab es außerhalb der Tagesordnung einen hef-

tigen Zwischenfall. Der reaktionäre Deputierte General Saint Just hatte dem radikalsozialistischen Parteiführer Daladier zugerufen:

„Sie haben gut für die Deutschen gearbeitet!“

Die Kammer antwortete auf diesen Zuruf mit ungeheurem Lärm. Der Vizepräsident versuchte vergebens sich Gehör zu verschaffen. Er mußte unter dem fortgesetzten Lärm der Abgeordneten schließlich seinen Präsidentensitz verlassen und die Sitzung für einige Minuten unterbrechen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der General, von seinem Wort gegen Daladier nichts zurück-zunehmen. Daladier erklärte mit Gleichmut, daß er auf keinerlei Erklärung des Generals reflektiere und von sich aus dem Zwischenfall keinerlei Bedeutung beimesse.

Nach der dritten Abstimmung über die Erhöhung des Soldes der gemeinen Soldaten gab es noch einen Zwischenfall zwischen dem Ministerpräsidenten Tardieu und der Opposition. Tardieu hatte der Opposition zugerufen, er merke, es handele sich nicht um eine technische Diskussion in der Meinungsverschiedenheit über einzelne Punkte, sondern um eine systematische Obstruktion-paktik. Er schloß seinen Zwischenruf mit dem napoleonischen Wort: „Nehmen, wenn Ihr den Krieg wollt. Ihr sollt ihn haben!“

Senat gegen Sozialpolitik.

Paris, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Opposition gegen das neue Sozialversicherungs-gesetz zeigt sich keineswegs zum Entgegenkommen geneigt. Die Sozialkommission des Senates hat gestern die vom Arbeits-minister Loucheur eingebrachte Novelle zu dem großen Ge-setz vollkommen umgekehrt. Vor allem hat sie die Schaf-fung eines Zentral-Versicherungsamtes abgelehnt, und nur noch eine aus wenigen Beamten bestehende „Kontroll-direktion“ zugelassen. Die Kommission will also die gesamte Sozialversicherung der „privaten Initiative“ oder besser gesagt, der Arbeitgeberschaft ausliefern. Die Arbeitslosenver-sicherung wurde aus dem Gesetz vollkommen heraus-gestrichen. Die Invalidenversicherung wurde fakultativ gesteuert und nur die Krankenversicherung wurde obligatorisch zugelassen. Als Maximum dafür wurde ein Lohnverdienst von 2500 Mark eingeleht.

Alle diese Beschlüsse wurden gegen die entschiedene Opposition der Linken mit 12 gegen 10 Stimmen gefaßt.

Die bayerischen Titelgeschäfte.

Ministerpräsident Held fügt sich.

München, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Mit Trauermiene informierte am Mittwoch Minister-präsident Held die Presse über das bayerische Titel-geschäft, das durch den Spruch des Staatsgerichtshofes in Leipzig so jäh abgebrochen wurde. In den letzten drei Jahren, seit-dem dieses Geschäft in Schwange war, brachte es pro Jahr rund 250 000 M., das macht insgesamt etwa drei Viertelmillionen Mark, die in einem unkontrollierbaren Fonds zur Verfügung des Ministerpräsidenten gesammelt wurden. Die Verwendung diente ausschließlich gemeinnützigen, karitativen und kulturellen Zwecken. Mehrere hunderttausend Mark erzielten allein die bayerischen Uni-versitäten. Einzelunterstützungen wurden von 50 M. an gegeben. Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten sieht sich die bayerische Regierung in den Spruch des Staatsgerichtshofes. Sie ist heiffröh, daß wenigstens die Frage der Rückwirkung in Leipzig nicht angeschwitten wurde. Die verfassungswidrigen bayerischen Herren Räte dürfen also bis auf weiteres ihre zum Teil teuer erkaufte Titelchen weiter behalten.

Erst die großen Städte abwarten!

Am Sonntag wählen sie in Ostoberschlesien.

Der Mandatsverlust der Deutschen in Polnisch-Ober-schlesien bei den Gemeindevahlen erklärt sich aus verschiedenen Gründen. Dort, wo die Deutschen nur kleinere Minderheiten bilden, ist durch den Terror die Ausstellung deutscher Listen unmöglich gemacht worden. So sind im Kreis Tarnowitz deutsche Listen nur in vier Gemeinden aufgestellt worden. Dagegen haben die deutschen Listen, sowohl die der bürgerlichen Wahlgemeinschaft wie der deutschen Sozialisten, in mindestens 30 Gemeinden, wo sie 1926 noch gar nicht aufgestellt waren, schöne Erfolge erzielt. Die Zahl der Mandate gibt übrigens kein richtiges Bild, denn in kleineren Gemeinden sind natürlich viel weniger Stimmen für ein Mandat

erforderlich als in größeren. Die Städte aber, in denen die deutschen Minderheiten groß genug sind, um einen Terror nicht fürchten zu müssen, wählen erst am kommenden Sonntag. Die polnische Regierung und die chauvinistische Bolschewistik haben die Wahltermine mit Absicht so festgelegt, daß zu nächst die am meisten polnischen Bezirke wählen, dann erst die stärker gemischten und zum Schluß die größeren Städte, in denen zum Teil die Deutschen immer noch die Mehrheit bilden.

Kreistagswahlen in Posen.

Posen, 11. Dezember.

Am letzten Sonntag fanden in der Bolschewistik Posen Kreis-tagswahlen statt. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen ent-fallen von den 721 Mandaten auf das Regierungslager 283, auf die Nationale Arbeiterpartei 204 (276), die Pfaffen 179 (286), die Nationale Partei 35 (52), auf die deutschen Listen 63 (63), auf die polnischen Sozialdemokraten 12 (10), auf die Christlichen Demokraten 10 (16) Mandate. Die Deutschen haben sich also trotz der ein Jahrzehnt dauernden Unterdrückungs- und Verdrängungspolitik behaupten können.

Der Schneidemühler Mordprozess.

Zweifaches Todesurteil.

Schneidemühl, 11. Dezember.

Gegen 22,30 Uhr verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsrat Güte, folgendes Urteil im Schneidemühler Mordprozess: Die Angeklagten Boginski und Libuda werden wegen gemein-schaftlichen Raubmordes zum Tode verurteilt und ferner wird auf dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehren-rechte erkannt. Wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges-versuchs wird Boginski zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust, Libuda zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Während Umstände werden den Angeklagten nicht zugebilligt. Die beschlagnahmte Mordwaffe wird eingezogen, die Kosten des Verfahrens fallen den Angeklagten zur Last.

Selbstschutz des Reichstags.

Schärfere Hausordnung. — Die Standesherrnrenten.

Der Reichstag beriet am Mittwoch nachmittag, nach Ablehnung eines Abfertigungsantrags der Kommunisten, die bereits bekannte Verschärfung der Strafen für grobe Ordnungsviolationen. Außerdem soll in das Diätengesetz die Möglichkeit hineingeschrieben werden, das Recht auf Diäten und Freifahrt zeitweise ruhen zu lassen; damit soll jeder Zweifel über die gesetzliche Zulässigkeit dieser Strafmaßnahmen ausgeschlossen werden. — Abg. Heilmann (Soz.) berichtet über die Ausschussberatung.

Abg. Graef-Büringen (Dnat.): Die Vorschläge, besonders zum § 91, der Ausschließung auf 60 Tage ermäßigten soll, tragen allzu deutlich den bedenklichen Charakter einer Gelegenheitsgesetzgebung und sind auch verfassungsgesetzlich zweifelhaft. Wir wollen die Stellung des Präsidenten unangreifbar stark machen, dafür kommt es allerdings auch auf seine Persönlichkeit an. Bei genügend scharfer Handhabung genügt die jetzige Geschäftsordnung; es fehlt Klarheit darüber, was eine gröbliche Verletzung der Ordnung ist.

Auf diese Rede eines Vizepräsidenten antwortet, nicht als Präsident,

Abg. Löbe (Soz.):

Ich bedauere tief, daß Vizepräsident Graef und seine Partei in dieser Frage nicht mit uns einer Meinung sein können. Seinen Vorwurf einer Ueberföhrung halte ich für ungerecht. Wegen der unangenehmen Vorgänge im Reichstag sind diese Anträge schon vor 2 bis 3 Jahren gestellt worden. Wenn sie nicht erledigt worden sind, so im wesentlichen dank dem Einspruch, den ich selbst gegen die Erledigung erhoben habe und dank den vielfachen Warnungen, das zu vermeiden, solange nicht eine ganz dringende Notwendigkeit vorliegt. Die Absicht größerer Parteien, diese Veränderung vorzunehmen, und die Debatte darüber sind schon längst Tatsache.

Jetzt ist aber ein dringender Fall gegeben.

Die Ereignisse heute vor acht Tagen waren nicht einmalig! Bei der Beratung des Republikshutzgesetzes vor der Sommerpause und des Arbeitslosengesetzes, das Herr Graef gewiß nicht als ein provokatorisches Gesetz bezeichnen will, haben sich genau dieselben Szenen gegenüber den Ministern Seoding und Bissell ereignet, wie vor acht Tagen. Dabei will ich gar nicht die Fälle erwähnen, wo es schwer war, die Abgeordneten selbst gegen Vergewaltigung zu schützen. (Gelächter der Kommunisten.) Vor acht Tagen hat ein Mitglied dieser Partei (auf die Kommunistenweisend) hier ausgerufen, der Minister dürfe nicht reden, wobei für den Minister ein großes Schimpfwort gebraucht wurde. Die betreffende Partei hat durch Beifälligkeiten diesen Auspruch unterföhrt und trotz der bedauerlichen Erklärung des Abg. Bied, daß das nur der Temperamentsausbruch eines einzelnen Abgeordneten gewesen wäre, hat die Presse dieser Partei die Szene als großen Erfolg ihrer Fraktion plakatiert. (Sehr wahr!) In derselben Sitzung sind dauernd Andeutungen gefallen, die das Haus einfach nicht ertragen kann. Es sind ebenföhliche Zurufe gegen die Präsidenten gemacht worden, die ihr Amt nach bestem Wissen und Gewissen führen. Sie (zu den Kommunisten) wissen genau, wie oft Sie in den zehn Jahren meines Präsidentenamtes an mich wegen Beschimpfungen, Anschüßungen und sonstiger Unterföhren herangetreten sind, und daß ich sie ihnen genau wie jeder anderen Partei gewöhrt habe. Sie wissen auch, daß ich mich bemüht habe, gesellschaftliche Beziehungen zwischen Ihnen und den anderen Mitgliedern des Hauses herzustellen. (Gelächter der Kommunisten.) Wenn Sie es auch ausföhren, den guten Willen können Sie doch nicht in Zweifel stellen. (Zuruf der Kommunisten: Welche man nicht!)

Die freie Rede von dieser Tribüne will niemand beschränken. Wenn Sie in geistigen Ringen die Ueberlegenheit Ihrer Ideen darlegen wollen, meine ich, auch zur Propaganda nach außen, meine ich, auch unter Bloßstellung Ihrer Gegner, so wird Ihnen kein Hindernis bereitet.

Aber gegen die Flut von Beschimpfungen, die einen Teil der Abgeordneten überhaupt kaum möglich macht, die Tribüne zu betreten oder im Saal zu bleiben, muß der Reichstag sich schützen. (Zurufe der Kommunisten.) Sie behaupten, durch die Festsetzung der Redezeit benachteiligt zu werden. Es ist dafür ein Schlüssel im Gebrauch, der den kleineren Parteien zugute kommt. (Ein Kommunist ruft: Zuchthausföhler!) Die 54 Kommunisten haben dieselbe Redezeit wie die 153 Sozialdemokraten, also ein dreifaches Redezeit. (Abg. Torgler (Komm.): Zum Ja-Sagen genügen fünf Minuten.) Bemerkungen zur Geschäftsordnung werden dazu mißbraucht, um die Debatte zur Sache in heftigster Form zu entfachen und die schwersten Beschimpfungen gegen Parteien und Minister zu schreien. (Auf der Kommunisten: Was geschieht gegen die Uebertretungen Dittmann und Genossen? — Entrüstungsrufe der Mehrheit.)

Herrn Graef mache ich darauf aufmerksam, daß wir doch nichts Neues in die Geschäftsordnung hineinschreiben, sondern nur die Folgerungen aus dem ziehen, was schon drin steht. Solange und soweit Ordnungsrufe ausreichen, um die Ordnung des Hauses aufrecht zu erhalten, wird niemand lieber als der Präsident sich damit begnügen. Wenn aber Ordnungsrufe mit Hohngelächter aufgenommen werden, die Befehlsausführung demonstrativ wiederholt und offen erklärt wird, der Präsident könne jehmat zur Ordnung rufen, man mache sich nichts daraus, so ist dieses Mittel offenbar erschöpft. (Zurufe der Kommunisten.) Ich habe selbst neun Zehntel meiner politischen Zeit in der Opposition verbracht, und ich habe ein starkes Gefühl

dafür, daß die Opposition Bewegungsfreiheit braucht, aber ich habe nie nötig gehabt, herartige Mittel anzuwenden, wie Sie. (Beifall.) Das Verfassungsbedenken des Herrn Graef trifft nicht zu.

Der Abgeordnete hat nicht nur das Recht auf Diäten und Freifahrt, er hat das viel höhere Recht, an den Sitzungen des Reichstags teilzunehmen.

Alle Parteien, die Disziplin im Hause aufrechterhalten wollen, Leben für grobe Ordnungsviolationen die Ausschließung aus der Sitzung oder aus mehreren Sitzungen beschließen, denn das Recht des Reichstages auf seine Arbeitsfähigkeit ist höher, als das Recht des einzelnen Abgeordneten, die Ordnung zu stören. Wenn wir das höhere Recht aufgehoben haben, dann weiß ich nicht, ob die Verfassung die Nebenwirkung ausschließt.

Bei solchen Vorfällen sagt die Öffentlichkeit nicht, eine Partei oder ein Abgeordneter hätten sich ungebührlich benommen, sondern sie sagt, „so geht es im Deutschen Reichstag zu“.

(Abg. Torgler (Komm.): Und die Autohupen und Trompeten Ihrer österreichischen Genossen, auf die Sie stolz sind?) Auf die Heranziehung ausländischer Beispiele habe ich Ihnen schon im Ausschuss geantwortet, daß wir dann auch berechtigt wären, Beispiele heranzuziehen, wie Sie in Rußland mit Ihrer Opposition umgehen. (Sehr gut!) Dabei würde sich herausstellen, daß wir eigentlich noch sehr nachsichtig und gemächlich verfahren. (Beifall.) Ich bitte die Deutschnationalen, sich zu überlegen, ob sie nicht auch das tun wollen, was der Reichstag sich selbst und seiner Würde schuldig ist. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Abg. Bied (Komm.): Die neue Geschäftsordnung ist ein Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten. Die Sozialdemokraten suchen als Urheber des Gesetzes einen Bismarck und seine Trabanten zu kopieren; es zeigt sich der völlige Sanftmut der Parlamente. Seering wird mit dem Republikshutzgesetz, dem Ausnahmegesetz, nicht erreichen können, daß die Kommunisten auf die Vertretung der Arbeiterinteressen verzichten. Bei den turbulenten Vorgängen vor acht Tagen kam es den Sozialdemokraten auf die Proklamierung des Faustrechts im Sitzungssaal an! In Deutschland wird die Sozialdemokratie bezahlt für ihre Heisterdienste und in Oesterreich ist sie jetzt erst bereit, mit den Faschisten Frieden zu schließen. Die verschärften Geschäftsordnungsbestimmungen sind ein glatter Verfassungbruch. Aber die proletarische Revolution wird auch über das Parlament in seiner jetzigen Form hinweggehen. Die Sozialdemokraten sind die bezahlten Lakaien des Bürgertums.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch.): Es ist fraglich, ob der Gesetzesentwurf verfassungsändernd ist; aber es wäre zweckmäßig, ihn mit ausreichender Mehrheit anzunehmen.

Abg. Dr. Feil (Nat-Soz.): Ausgerechnet die Partei (zu den Sozialdemokraten), die seit Jahren die Autorität untergräbt, will durch die Verschärfung der Geschäftsordnung die Autorität stärken! Ausgerechnet der Jude Heilmann tritt hier als Verteidiger der parlamentarischen Sitte und des Anstandes auf. — (Präsident Löbe: Ich nehme an, daß Sie beleidigende Absichten bei dem Gebrauch des Wortes Jude nicht hatten. — Abg. Feil: Ich wollte nur die Rassenzugehörigkeit des Herrn Heilmann kennzeichnen. — Empörte Zurufe.) Die Entziehung der Diäten und der Fahrkarte ist verfassungswidrig.

Angenommen!

Die neuen Bestimmungen sowie die Änderung des Diätengesetzes werden in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten, Hillerländer und Deutschnationalen angenommen.

Der § 91 in namentlicher Abstimmung mit 304 gegen 51 Stimmen bei 49 Enthaltungen. Ein Antrag Dr. Feil (Nat-Soz.), die Gesetzesänderung als verfassungsändernd zu bezeichnen, wird abgelehnt. Der dritten Beratung in der gleichen Sitzung widerspricht die Opposition. Vor der Schlussabstimmung wird auch über die Frage der Verfassungsmöglichkeit entschieden werden.

Es folgt das Gesetz über die Standesherrnrenten.

Abg. Heilmann (Soz.):

Zur völligen Beseitigung der Standesherrnrenten hätten wir eine Zweidrittelmehrheit gebraucht, die wir aber dafür nicht zustande bringen. So bringt das Gesetz im Durchschnitt eine zehnprozentige Aufwertung dieser Renten, während das Reichsgericht in all diesen Fällen 100 Prozent Aufwertung zugesprochen hat. Wir nehmen also 10 Prozent an, um 100 Prozent zu vermeiden und die 90 Prozent für die öffentlichen Kassen zu retten. Wer anders handelt, veründigt sich am Staat und am arbeitenden Volk. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hanemann (Dnat.): Die Vorlage will ein verfassungswidriges Sondergesetz verhängen, das nicht einmal in erster Linie die Standesherrn trifft, sondern zahllose Korporationen, Gemeinden und gemeinnützige Körperschaften. An einer allgemeinen Regelung der Frage der Rentenabföhung sind wir bereit mitzuarbeiten.

Abg. Wegmann (Z.): Wir sehnen zwar die revolutionäre Forderung der Sozialisten auf entschädigungslosen Fortfall der Renten ab, doch muß anerkannt werden, daß

die Rechtsprechung, die solche Renten zu 85 bis 100 Prozent aufwertet, vielfach als ungerecht empfunden wird. Die Vorlage bringt das formale Recht mit dem lebendigen

Rechtsbewußtsein in Einklang und ist deshalb zu begrüßen. Sie entspricht im wesentlichen der Vorlage des früheren deutschnationalen Justizministers Herat. Die jetzige Opposition der Deutschnationalen ist sachlich nicht begründet.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Sp.): Eine andere Lösung als die vorgeschlagene ist gegenwärtig nicht zu finden.

Abg. Maslowki (Komm.): Aus dem Regierungsentwurf ist durch den Umfall der Sozialdemokraten eine Aufwertungsvorlage für Feudalrenten herausgekommen, die eine wirkliche Arbeiterpartei nicht annehmen kann.

Abg. v. Ladeiner-Wildau (Dnat. Arbeitsgemeinsh.): Die Vorlage Herats war anders, als dieses Ausnahmegesetz gegen bestimmte Familien.

Abg. Ehlermann (Dem.): Das gesunde Rechtsempfinden wird verletzt, wenn die Kriegsanzleihebesitzer bei der Aufwertung weit schlechter behandelt werden, als die Nachkommen der ehemaligen Standesherrn.

Das Gesetz wird in der zweiten Beratung angenommen.

Da in der dritten Beratung

Abg. Maslowki (Komm.) seine Angriffe auf die Sozialdemokratie wegen der Zustimmung zu diesem Gesetz wiederholt, erwidert

Abg. Heilmann (Soz.):

Die Behauptungen des Boredner, daß wir eine Rettungsaktion für bedrohte Feudalrenten unternehmen, ist von A bis Z falsch. Diese Feudalrenten sind nicht bedroht, sie werden vielmehr durch die Gerichte geschützt. Wenn wir diese Gesetze nicht machen, so werden diese Feudalrenten durch die Gerichte auf 100 Prozent aufgewertet und müssen in dieser Höhe ausgezahlt werden. Um es den Herren Maslowki usw. nochmals klarzumachen: Preußen muß an diesen alten Feudalrenten jährlich etwa 5 Millionen Mark zahlen. Nach diesem Gesetz wird Preußen jährlich etwa 1/2 Million zu zahlen haben. Wir reiten also der Staatskasse 4 bis 4 1/2 Millionen Mark. Wenn wir den Weg des Herrn Maslowki gehen, stehen wir diese fast 5 Millionen Mark den Erwerbslosen und den Kriegsbeschädigten. (Beifall der Mehrheit. — Barmat-Geschrei der Kommunisten.)

In namentlicher Abstimmung wird das Gesetz mit 302 gegen 106 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, verabschiedet.

Präsident Löbe stellt fest, daß mehr als Zweidrittel des Reichstags anwesend sind, nämlich 417 von 491, und daß mehr als zwei Drittel der Anwesenden der Vorlage zugestimmt haben, somit die zu einer Verfassungsänderung notwendige Mehrheit vorhanden ist.

Gegen 6 Uhr vertagt sich das Haus auf heute Donnerstag, 3 Uhr: Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Links von den Deutschnationalen.

Die Platzverteilung im Reichstag.

Die durch die Bildung der Deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft notwendige Neuverteilung der Plätze im Plenarsitzungsaal des Reichstags ist jetzt erfolgt. Die zwölf Abgeordneten der Deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft haben ihre Plätze links von den Deutschnationalen, hinter den Reihen der deutschen Volkspartei erhalten. Auch der Abgeordnete Bruhn, der wegen Zusammenhang mit Skarek aus der deutschnationalen Fraktion ausgeschieden ist, hat einen neuen Platz erhalten; er sitzt neben den Abgeordneten der Volkspartei.

Tumult im Badischen Landtag.

Kommunistischer Lärmparlamentarismus.

Karlsruhe, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Badische Landtag bewilligte am Mittwoch zur Linderung besonderer Notstände die Summe von 60 000 Mark, die vor allem den länger ausgesteuerten Arbeitslosen zugute kommen sollen. Weiter wurde die Regierung aufgefordert, in den Staatsvoranschlag Mittel zur Behebung der wirtschaftlichen Notstände einzustellen.

Im Verlaufe der Debatte kam es zu schweren Tumultszenen mit den Kommunisten, die ihre Anhänger auf die Tribünen dirigiert hatten. Die Tribünen mußten mit Gewalt geräumt werden; zwei kommunistische Abgeordnete wurden von der Sitzung ausgeschlossen.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags, auf dessen Tagesordnung die Weiterberatung des Gesetzes zur Befreiung des politischen Lebens stand, vertagte sich in Anbetracht der Fraktionsstimmungen auf Donnerstag, ohne in die Beratungen eingetreten zu sein. Dagegen vertagte sich aus demselben Grunde der Wohnungsausschuß und der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags.

Im Lager Hammerstein sind bis jetzt 4600 deutsch-russische Auswanderer untergebracht, 652 sind unterwegs, 323 im Ueberseeheim Hamburg und 54 in Ewinemünde, also 5500 in Deutschland.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geyer; Wirtschaft: G. Ringelshöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Etzinger; Revolution: R. S. Böcher; Lokales und Konflikte: Felix Rothardt; Anzeigen: Th. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhorts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhorts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68. Einbinderstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Grosser Weihnachts-Verkauf!

AM SONNTAG IST DAS KAUFHAUS VON 2-6 GEÖFFNET

Reinwollene
Kammgarn-
melangen 130cm **2.85**

Crêpe Marocain
reine Seide, schwere Qua-
lität, in schwarz und allen
mod. Farben, ca. 100 cm **6.90**

Damen-Taghemd
Trägerform, mit
Stickerel-Ansatz **1.90**

Überjäckchen
für Damen, feinstgestickt,
farbige Querstreifen **3.95**

Herrn-Handschuh
leder-Nachahmung,
durchgehend warm ge-
füllt, mit Druckknopf **1.90**

Damenschirm Halbbalde,
farbig durchgestreift, 12teilig,
für Herren: schwarz, **7.90**
mit Futteral

Manikurkasten
in eleganter Auf-
machung, Stellig, **1.90**

Zephir-Oberhemd
in diversen **3.95**
modernen Mustern

Herrn-Socken **1.75**
Wolle plattiert, Jacquard

Bemberg-Strümpfe
für Damen, vorzügliche
künstliche Wäscheide **2.65**

Frottierhandtuch
rot eingestickter
Buchstabe, weiß, mit
Jacquard-Kanten, 47/100 **0.95**

Tischtuch
halbbiene Jacquard,
Größe 125/150 cm **3.45**

Sicherheits-
Füllfederhalter **2.50**
mit 14kar. Goldfeder

3 Stück Blumenseife
in eleganten
Geschenkarten **1.00**

N J S R A E I

BERLIN C2 · SPANDAUER STRASSE · KÖNIGSTRASSE · VERSAND-ABTEILUNG

MUTTER!
Für Kinder spielen wäh-
rend des Einkaufs in der
N. J. - KINDERSTUBE!

Tanzkleid
reinsidener Crêpe de
China, mit Spitzenansatz **29.-**

9 Monate für Christian Stolberg.

Untersuchungshaft von 45 Tagen wird angerechnet.

Hirschberg, 11. Dezember.

Der Andrang zu der Urteilsverkündung war so ungeheuer groß, daß die Polizeiposten auf der Straße und im Gerichtsgebäude wesentlich verstärkt werden mußten, um Durchbruchversuche zu verhindern. Die Urteilsberatung fand übrigens in einer Klausur statt, die einer gewissen Komik nicht entbehrt. Die Tür des Beratungszimmers war nach dem Korridor abgeschlossen, während die Tür zum Sitzungssaal offen stand. Durch einen Luftzug fiel diese Tür ins Schloß, das dabei zerbrach, so daß das Gericht eine volle Stunde eingesperrt war und erst nach langem Klopfen durch einen Justizwachtmeister befreit werden konnte. Um 5 1/2 Uhr verkündete dann Landgerichtsdirektor Speisich folgendes Urteil:

Der Angeklagte Graf Christian Friedrich zu Stolberg wird wegen fahrlässiger Tötung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungshaft von 45 Tagen wird ihm voll angerechnet. Die Kosten des Verfahrens fallen ihm zur Last.

Aus der Urteilsbegründung.

In der Begründung führte der Vorsitzende u. a. aus: Die Erregung über diesen Mord hat sich durch ganz Deutschland fortgesetzt. Das hiesige Landgericht hat uns nur die Aufgabe gestellt, ob der Angeklagte im Sinne des § 272 schuldig ist oder nicht. Der § 270 sagt: Wenn die Verhandlung ergibt, daß die Tat die Zuständigkeit des Gerichts übersteigt, so hat es den Fall an das Schwurgericht abzugeben. Ein solcher Beschluß kann erst nach der Beweisaufnahme kommen. Mancher war mit der Beweisaufnahme nicht zufrieden, aber ich weiß nicht, inwiefern sich diese Verhandlung von einer solchen vor dem Schwurgericht hätte unterscheiden sollen. Das Gericht hätte keine Sekunde gezögert, wenn es hier Überzeugung gewesen wäre, daß hier Vatermord vorlag. Es hat nachgeprüft, ob der Angeklagte angefaßt worden ist, ob er unter Fernhypnose gehandelt hat. Das bestreitet die Sachverständigen. Auch eine Tat im Affekt kann nicht in Frage kommen. Die Lage der Leiche spricht dafür, daß der Vater in ruhiger Stellung wie vom Blitz vernichtet worden ist. Nur ist da das Moment der Verbrennung der Briefe. Die Mutter sagt, sie wolle nicht in ihren intimsten Beziehungen herumforschen lassen. Wollte der Angeklagte den Vater töten, so hätte er das bei der Jagd leichter tun können. Das Gericht hatte zu prüfen, ob es Nachverdacht annehmen sollte. Es ist aber zu der Überzeugung gekommen, daß

Nachverdacht nicht vorliegt.

Begrenzt fahrlässiger Tötung aber ist zu beurteilen, wer durch eigene Schuld den Tod eines anderen verschuldet. Der Angeklagte hat sich gemäß dem Auftrag des Vaters mit dem Sortieren der Patronen nicht begnügt, sondern mit der Büchse repetiert und gespielt. Ob der Angeklagte an den Kammerknopf des Gewehrs oder an den Abzug gekommen ist, weiß er nicht, jedenfalls entlud sich die Waffe. Die Nachforschung hat ergeben, daß es so gewesen sein kann, denn die Kammer, hinter der der Vater saß, zeigte leichte Spuren, die vom Auslegen des Gewehrs herrühren könnten. Objektiv kann

sich alles so abgespielt haben, wie der Angeklagte es angegeben hat. Beim Loslösen hat es sich gezeigt, daß das Gewehr auch nur durch einen leichten Stoß losging, wenn es geladen war. Nichts spricht dafür, daß der Angeklagte bewußt auf den Vater gezielt hat. Das Gericht ist aber der Überzeugung, daß der Angeklagte seine Sorgfaltspflicht nicht erfüllt hat, er, der mit der Waffe vermahnen war. Niemand darf eine Waffe auf einen Menschen richten, denn es ist möglich, daß sie geladen ist, ohne daß der Schütze es vorher nachgeprüft hat. Dem Angeklagten ist schon vor fünf Jahren ein Schuß im Zimmer losgegangen, er mußte gewarnt sein.

Sehr selten wird bei Fahrlässigkeit eine höhere Strafe als drei Monate gegeben, hier aber lag größte Fahrlässigkeit vor, deshalb konnten wir ihn nicht so leicht davontun lassen, als einen unglücklichen Chauffeur, dessen Tat oft an Unglück grenzt. Strafmißdeutung ist seine Unbestraftheit, seine noch vermindernde geistige Begabung und daß in gewissem Sinne der Vater mitschuldig war, der den Sohn so sträflich leichtsinnig handhaben ließ. Strafmißdeutung ist, daß er seine Familie durch den Unglücksfall so schwer geschädigt hat. Wir glauben ihm, wenn er sagt, daß die äußere Strafe auf ihn keinen Eindruck mehr machen könne, daß er die launere Strafe aber mit ins Grab nehmen werde. (Der Angeklagte und die Mutter weinen.)

Rechtsanwalt Dr. Lueghebrunn hat gegen das Urteil bereits Berufung eingelegt. Wie es heißt, wird das Gericht nach Rechtskraft des Urteils nochmals zu der Frage der Bewährungsfrist Stellung nehmen.

L. R. Hirschberg, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Das Urteil ist ausgefallen wie erwartet. Wer mit offenen Augen und Ohren der Verhandlung beigewohnt hat, war sich keinen Augenblick darüber im unklaren, wohn der Kurs steuerte. Wenn der Staatsanwalt zur Rechtfertigung des mit dem Eröffnungsbeschluß in Widerspruch stehenden Urteils die Beweisaufnahme die Notwendigkeit für das erkennende Gericht, selbständig das Beweismaterial zu würdigen, anführt, und das Gericht in der Urteilsbegründung sich bei dem Staatsanwalt für diese Äußerung bedankt, so wird man diesen Beteuerungen das eine entgegenhalten müssen: Weshalb ist gerade im Falle des Grafen Stolberg eine derartige Verhandlungsmethode angemessen worden. In der Regel wird anders verfahren: Der Eröffnungsbeschluß lautet auf die schwere Tat, damit der Umfang der Beweisaufnahme soweit als möglich gehalten werden kann. Wenn es hier umgekehrt gemacht wurde, so wohl nur, weil es sich um einen Grafen Stolberg gehandelt hat, und verstärkt wird diese Vermutung durch das Verhalten des Beschuldigten: konnte er sich nicht genug tun im grausamen Befragen des Angeklagten und seiner nächsten Verwandten. In sticht seine Urteilsbegründung gemissermaßen wie eine Entschuldigung. Er hielt sich verpflichtet, nun auch seinerseits dem Angeklagten das beste Attest auszustellen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß man hier sowohl der Deffensivität als auch dem Hause Stolberg nicht zu nahe treten wollte. Es soll nicht behauptet werden, daß man auf Grund des Beweismaterials zu einer Beurteilung wegen Mordes oder Totschlages kommen mußte. Raub sein, daß Christian Friedrich Stolberg seinen Vater tatsächlich fahrlässig getötet hat. Und wäre er durch eine Schwurgerichtsverhandlung von der Mordanklage freigesprochen worden, man hätte höchstwahrscheinlich daran nichts auszusetzen gehabt. Nach diesem Brauch bleibt aber „ein Rest zu tragen peinlich“.

Erhöhung der Wertstarife?

Einige Berliner Abendblätter berichten von einer nahe bevorstehenden Erhöhung der Tarife der städtischen Wert. Vor allem wird davon gesprochen, daß der Stromtarif einen Aufschlag erfahren soll. Wie wir von maßgebender Seite unserer Stadtverordnetenfraktion erfahren, ist dieser offiziell von solchen Verhandlungen nichts bekannt geworden. Für die Stadtverordnetenfraktion liegt die Frage so, daß der gegenwärtig geltende Stromtarif in seinen Wirkungen für die minderbemittelte Bevölkerung als unsozial angesehen werden muß. Es könnte nicht veranwortet werden, wenn auf einer derartigen mangelhaften Grundlage eine weitere Erhöhung erfolgen würde, ganz abgesehen von der grundsätzlichen Stellung zu einer solchen. Es muß erwartet werden, daß genaue Berechnungen angefertigt werden und daß erst auf der Grundlage solcher Berechnungen Entscheidungen erfolgen. Sobald Berechnungen vorliegen, wird zu der Frage Stellung zu nehmen sein. Eine Zustimmung sozialdemokratischer Vertreter zu einer derartigen Tarifierhöhung kommt im gegenwärtigen Augenblick nicht in Betracht.

Weitere Beurlaubung des Oberbürgermeisters.

Der von dem Oberbürgermeister Böß beantragte Urlaub ist von dem Oberpräsidenten vorläufig bis 31. Januar 1930 verlängert worden.

Gefangenerevolte in USA.

Staatsgefängnis in Auburn in der Hand der Sträflinge.

Auburn (Staat New York), 11. Dezember.

Im hiesigen Staatsgefängnis ist ein Aufruhr ausgebrochen. Wie gemeldet wird, stehen das Gefängnis und die Werkstätten in Flammen.

Wie zu der Meuterei ergänzend gemeldet wird, ist sie in ihren Ausmaßen ebenso ernst wie der Aufruhr im Clinton-Gefängnis im Juli d. J. Ueber die Vorgänge innerhalb des Gefängnisses sind Einzelheiten noch nicht bekannt. Aus verschiedenen Orten wurden Polizei und Feuerwehr zu Hilfe gerufen. Ein Postbeamter erklärte, daß die Sträflinge das Gefängnis völlig beherrschten und den Leiter des Gefängnisses Jennings eingesperrt hätten.

Eine weitere New-Yorker Meldung besagt:

Die belagerten Truppen rufen mit Tränengasbomben gegen das Zuchthaus vor. Ein Bombenflugzeug ist ebenfalls unterwegs. Die Behörden sind gewillt, den Aufruhr so schnell wie möglich zu unterdrücken, da eine Wiederholung der blutigen Szenen des letzten Sommers unter allen Umständen vermieden werden soll. In dem Zuchthaus sind über 1500 Gefangene und man befürchtet, daß, falls nicht sofort durchgegriffen wird, die Meuterei noch auf die bis jetzt ruhig gebliebenen Gefangenen übergreifen wird. — Soeben wird noch bekannt, daß es nach der Beschließung des Zuchthaus mit Tränengasbomben gelungen ist, den eingesperrten Zuchthausdirektor zu befreien.

Zu Weihnachten in Untersuchungshaft!

Aus dem Untersuchungsgefängnis Berlin erhalten wir folgenden Aufruf:

„Weihnacht in qualvoller Ungewißheit der Untersuchungshaft und steter Sorge um unschuldig leidender Kinder, Frauen, Mütter zu durchleben, ist ein besonderes bitteres Los. Wer hilft uns, diesen leidlichwerten Herzen durch eine bornhörige Spende einen Strahl beglückender Weihnachtsfreude zu senden? Gaben erbittet der Fürsorgereinst des Untersuchungsgefängnisses, M-Postamt 12a (Postfachkonto Berlin 117 951).“



Am Nachmittag verließ sie Berlin. Sie fuhr nach Norden, das Verhüllte im Arm. Nach immer wußte sie nicht, wie sie handeln würde. Sie sah stumm am Fenster des überfüllten Wagens und sah starr vor sich hin. Die Stunden vergingen, die Stationen kamen und blieben zurück. Das Kind lag in ihrem Schoß und schlief.

Mit Anbruch der Nacht kam der Zug an dem Wald vorbei, hinter dem Schloß Hohenau lag. Sie sah zum anderen Fenster hinaus. Das Kind in der Decke atmete still, es spreizte, wie im Traum, die Finger.

Nicht lange danach, auf der letzten Station vor der kleinen Stadt, stieg sie aus. Den Weg von hier bis nach Hause fand sie auch in der Nacht; es war etwas mehr als eine Stunde zu gehen, und sie hätte es natürlich bequemer gehabt, wäre sie noch weiter gefahren. Aber das wollte sie nicht, sie ging lieber die Strecke. Sie kam an Wald und Geirdefeldern vorbei, und an weiten Flächen von Heide. Die Straße war dunkel und zerweicht der Boden. Unten sah hinter Wolken der Mond herauf. Und an einer Biegung des Weges stand sie still und lauschte, kein Geräusch — nur ein Hund wie aus ewiger Weite schrie her. Ihr Blick suchte sich langsam seitwärts hinüber — dort war der Teich, an dem sie früher als Kind mitunter gespielt hatte. Der Teich war so klein, die Leute nannten ihn nur das Loch. Aber er war tief genug, daß ein wahnwitziger Mensch, der etwa hineinlief, darin ertrinken konnte. Das war einmal geschehen, ja... Sie ging näher heran. Nicht dabei lag ein Stein, ein guter Feldstein, und das Kind war in eine grauweiße Decke gehüllt. Sie bückte sich, um den Stein zu heben. Er ist feucht und kalt. Ihre Hand zuckt davon. Sie rennt mit dem Kind und all ihrer Lust stolpernd auf den Feldweg zurück, und geht in der Spur, die ein Wagenrad dort eingepreßt hat. Aber die Spur ist zu schmal und sie fällt oft zur Seite. Das Kind weint im Halbschlaf. Da beginnt die Stadt.

Auf einem schmalen Pfad zwischen Hecken nähert sie sich dem Hause der Eltern. Es ist spät und still. Zwischen dem

Pfad und den Rückseiten der Häuser liegen die großen Gemüsegärten. Alle Fenster sind dunkel, manchmal hell's von weher. Auch im Haus ihrer Eltern kein Licht. Ueber den Steg, der den Bach überbrückt, durch den Weg am Garten, nähert sie sich. Sie geht, nur um noch nicht ans Fenster zu klopfen, denn sie weiß immer noch nicht, wie sie handeln wird, um das Haus herum — und wie sie vorn auf der Straße hervorkommt, lehnt zum Fenster hinaus, in weißem Gewand, eine Frau, und späht in der Richtung zum Bahnhof hinauf.

Esther kommt näher, die Frau zuckt herum. Sie sehen sich durch das Dunkel an.

„Mutter. — Du wartest auf mich?“

Nur Schweigen. Dann ein Laut: „Komm herein.“ Geflüstert. Sie verschwindet.

Die Türe geht auf. Mit der Lampe steht ihre Mutter vor ihr auf der Diele. Ihre Augen voll Tränen, ihr Gesicht zerfressen, klaffend vom Ausdruck der Qual. Ihre Gestalt ist klein geworden in der langen Zeit — und der Blick will brechen, als ob sie ohnmächtig hinfallen möchte. Aber ihr Blick bleibt stehen — wie offene Lippen, erstarrt vorm Schrei. Das Verhüllte bewegt sich, und leise meint es.

„Ich komme nicht allein.“ sagt Esther, und lächelt.

„Was ist das?“

„Ein Kind.“

„Wessen Kind? — — — Deins?“

„Ja. Meins.“

Die Mutter gibt keine Antwort darauf. Plötzlich pustet sie die Lampe aus, so daß alles im Dunkel ist. Und in dieser Dunkelheit fängt Esther zu weinen an, ein bekämpftes, gedrehtes, ächzendes Weinen, sie lehnt an der Tür und hält noch das Kind. Aber nun wird sie selber zum Kinde, ihr Kopf sinkt auf die Schulter der Mutter. Sie fühlt sich gestreichelt, von fiebernden Händen, aber das Streicheln ist gut. Und ebenso fieberig stößt die Stimme durch's Dunkel:

„Du darfst mit dem Kind nicht ins Haus, du mußt fort. Dein Vater wirft dich und das Kind in die Nacht — hörst du mich — er hat es geschworen — wenn der Behrer Lannenbaum die Wahrheit erzählt hat —“

„Der lügt.“ sagte Esther, ihr Blick ist geschlossen.

„Aber das Kind.“ stüstert die Alte, „es hat keinen Vater.“

„Nein Kind, ich bin still.“

„Sag niemand, daß ich schon bei dir war... Niemandem davon erzählen, hörst du? Nicht meinem Vater, auch den anderen nicht.“

„Nein, keiner Sternenseele, mein Kind.“

„So. — Nachst du mir später noch einmal auf?“

„Ja, Kind. Wohin?“

„Also gut. Ich gehe. Nachher will ich schlafen.“

„Laß mich noch einmal das Kindchen sehen oder fühlen mit meiner Hand. Hat es braune Augen?“

„Nein, blau!“

„Blau?“

Hinter Esther drückt sich leise die Tür ins Gebäl. Um das Haus herum, auf dem Weg zwischen Hecken. Bleiches Mondlicht zerfetzt das Gewöl.

Mehr als drei Stunden später kam Esther zurück.

„Wo ist das Kind? Wem hast du's gebracht?“

„Ich muß schlafen, Mutter.“

„Ich hätte euch nicht von der Tür weisen dürfen, dich und das Kind! Wo ist es? — Wo? — Esther!“

Da fiel sie vor Erschöpfung zu Boden.

Aber er, den Esther auf Hohenau glaubte, als sie im Zug dort vorüberfuhr, befand sich in Wahrheit noch auf dem Gut seines Regimentskameraden. Es dauerte noch einige Zeit, ehe er fähig war, einen Entschluß zu fassen. Er war gleichsam krank. Tagelang blieb er in seinem Zimmer, dann rannte er hinaus, über die Landstraße hinweg, auf der er die Wahrheit erfahren hatte, und hinein in den Wald. Er blieb tagelang aus. Verzweiflung, der er in Stürmen und grausiger Stille des Arleges niemals erlegen war, überkam ihn hier. Er wußte nicht mehr, was er fühlte und wollte. Sein Freund hatte wenig Geschick ihm zu helfen; aber hätte er auch das beste gehabt — Hans entzog sich seinem Umgang am Ende ganz.

Dann reiste er ab, nach Hohenau.

Auf Hohenau war Irene wieder einmal zu Besuch. So, es kam gar nicht so selten vor, daß sie, einer Eingebung folgend, Berlin verließ. Es hieß dann auf dem Gut, sie habe Heimweh gehabt. Aber diesmal war sie durchaus nicht allein gekommen, sie kam mit ihrem ganz winzigen Kind. Das war also der Sohn, den sie Albert geschenkt hatte, und vielleicht war sie nur nach Hohenau gereist, um ihren Eltern dies Wunder zu zeigen, das in den dunklen Augen des Stauens und die Erfahrung zugleich von Jahrtausenden trug. Das Kind hieß Hans, nach dem Grafen von Münster.

(Fortsetzung folgt.)

Dieses Bille kommt vom Strafgefängnis Bfshen, i. e. a. Auf telephonischen Anruf No. 233/234 oder auf schriftliche Mitteilung hin ist die Anstalt jederzeit gern bereit, etwaige Zuwendungen abholen zu lassen. Geldspenden werden auf Postcheckkonto Berlin 14318 der Strafgefängnis-Kasse Bfshen erbeten.

Rifroy aus Düsseldorf.

Steht er mit den Nordfällen im Zusammenhang?

Am Mittwochnachmittag wurde, wie gemeldet, der in einer Herberge in Rommes festgenommene Knecht Georg Rifroy, der nach dem Berliner Polizeipräsidium gebracht worden war, von Kriminalkommissar Brodowich eingehend vernommen.

Rifroy gibt an, daß er jetzt nach der Mark Brandenburg zurückgekommen sei, um in Friedrichsfelde, wo er früher schon einmal arbeitete, wieder um Beschäftigung nachzufragen. Nach seinen Bekundungen hat er bis zum 12. August in Spindelstraße gearbeitet, die Stellung aber dann aufgegeben, weil ihm der Verdienst zu gering war. Er wanderte nach der Schweiz und fand Arbeit in Schaffhausen, wo auch sein Bruder tätig ist. Wieder überfuhr er kurze Zeit darauf die deutsche Grenze und nahm Beschäftigung in Dhlga. Hier blieb er nur einen Monat, dann wurde ihm gekündigt. Jetzt jagte er den Plan, wieder nach dem Norden, nach Berlin zu gehen. Wie schon früher erwähnt, wanderte er über Hannover und Halberstadt bis Potsdam. Der Verdacht gegen ihn bringt ihn in Zusammenhang mit dem Verschwinden und der Ermordung der Hausangestellten Maria Hahn, die bekanntlich seit dem 11. August vermißt wurde. Unter den Besitzern des Rifroy wurde nun, als man sie durchsuchte, eine Eintrittskarte für das Apollo-Theater in Düsseldorf gefunden, die am 11. August ausgegeben ist. Er muß also an diesem Tage zumindest in Düsseldorf gewesen sein. Damit ist jedoch seine Täterschaft nicht bewiesen. Auffällig ist allerdings weiter, daß er am 7. November, dem Tage, an dem die kleine Albertmann ermordet wurde, ebenfalls in der Stadtnähe war. Das Material der Vernehmung wird nach Düsseldorf zur Prüfung weitergegeben werden. Kriminalkommissar Brodowich wird dieser Tage nach Düsseldorf zurückfahren. Rifroy bleibt bis zum Eintreffen der Entscheidung in Gewahrsam.

Die Fälschungen im Schwimmverband.

Dr. Bunner hat 600 000 Mark unterschlagen.

Dresden, 11. Dezember.

Wie es heißt, wird die Gesamthöhe der Unterschlagungen des Vorsitzenden des Sächsischen Schwimmverbandes, Dr. Bunner, nach den bisherigen Unterlagen auf etwa 600 000 Mark geschätzt. In dieser Summe befinden sich ungefähr 250 000 Mark, die von der sächsischen Wahlfahrtshilfe gegeben worden waren. Man hofft jedoch, einen Teil hiervon durch Inanspruchnahme der Bürgerkassen wieder einzubringen. Dr. Bunner hatte sich die Gelder größtenteils durch Fälschungen verschafft, indem er Stempel von angeblich dem Schwimmverband angeschlossenen Untervereinen verwendete, die gar nicht existierten, und die erforderlichen Unterschriften fälschte. Es wird erwartet, daß der etwa 45 000 Mitglieder zählende Schwimmkreis VII des Deutschen Schwimmverbandes in Konkurs gehen und sich neu gründen wird. Hierüber wird eine außerordentliche Hauptversammlung am Sonntag entscheiden.

Weihnachtsmarkt im Regen.

Der diesjährige Berliner Weihnachtsmarkt feierte gestern seine freilich noch etwas kümmerliche Eröffnung, die in keinem Verhältnis mehr zu seiner früheren Geltung steht. Auf die Feltion mehrerer Berliner Kaufleute hin fand ab 1873 die Weihnachtsmesse auf dem Schlossplatz und im Lustgarten statt, während die heute geltende Polizeiverordnung für die sechs Berliner Innenbezirke die Abhaltung des Weihnachtsmarktes vom 11. bis 27. Dezember nur in der Petersburger und Warschauer Straße gestattet, teilweise auch auf anderen geeigneten Straßen und Plätzen unter Beachtung der Vorschriften. Jahrhundertelang währte der Christmarkt vom 11. Dezember bis Neujahr. Von ihm berichtet der Chronist Nikolai 1782: „Der Christmarkt ist hauptsächlich nur für die Einwohner der Residenzstadt eingerichtet, von welchen allerhand Waren, besonders Puppenwerk, Drechlerarbeit, Pelzwerk und Nachtwort verkauft wird. Die Buden werden hauptsächlich in der Breiten Straße aufgeschlagen.“

Ein 150 Jahre alter Stroh überlebte das hellere, bunte Leben und Treiben des „Berliner Christmarktes“. Arm und Reich gibt sich auf ihm ein Stellbildchen. Er ist die große Renne der Stadt, hier auf dem Alt-Berliner Christmarkt fielen die Formen des Alltags, der Gesellschaft, der Standesunterschiede, die alle überbrückt wurden durch die Freude, den Frohsinn und die alle beherrschende Weihnachtsstimmung.

Der Hilfsverein der Deutschen Juden hatte für seinen letzten Gesellschaftsabend ein Programm zusammengestellt, das jedem noch so anspruchslosen Geschmack stand halten konnte. In seiner Begrüßungsansprache appellierte Professor Albert Einstein an das Solidaritätsempfinden. In Zeiten der Not müsse man auch

Im Dienst der Geschmacksbildung

Die Kunstgewerbe- und Handwerkerschule Berlin-Orl. über deren modern geleitete Abteilung Gebrauchsgraphik wir bereits berichteten, zeigt in einer Ausstellung ihrer Abteilung Plastik Schülerarbeiten im Schulgebäude, Androssstr. 1/2.

Die städtische Handwerkerschule räumt mit dem sogenannten Kunstgewerbe gründlich auf, keine „Rippes“ werden fabriziert, sondern das ganze Schaffen wird auf die Erfindung von plastischen Arbeiten konzentriert, die zu einer fernweifen oder maschinellen Herstellung von Gebrauchsgegenständen überleiten können. Die Schüler werden eigentlich mehr auf das Handwerksmäßige im guten Sinne ausgebildet. Wenn sie die Schule verlassen, sollen sie keine Halbknüller sein, die die Arbeitslosigkeit vermehren helfen, sondern Vollarbeiter mit reifen Techniken, die in der Industrie sofort ihre Unterkommen finden. Am besten zeigt sich das bei den Steinplastiken. Hier geht man von dem Grundgedanken aus, daß erst das Material studiert werden muß und daß man später erst aus der Kenntnis des Steins und seiner Bearbeitung auf die Form kommt. So sind die meisten der hier gezeigten Arbeiten ohne Entwurf und Tonmodell entstanden. Die Schüler haben ihre Gebilde gewissermaßen in den Stein hineingebildet und sind dabei zu sehr eigenartigen Lösungen gelangt, wie einige Grabmäler und figurliche Plastiken zeigen. Auch bei der Keramik ist der Vorgang ein ähnlicher. Die Entwürfe zu Plattschalen oder Trinkfontänen würden jedem städtischen Platz zur Ehre gereichen. Vielleicht weiß es die städtische Kunstdeputation gar nicht, daß ihre eigene Schule solche schönen wie billigen Entwürfe macht. Zur Keramik zählen auch die gefälligen Kaffee- und Teeservice aus Steingut, die so durchkombiniert sind, daß sie in einem Arbeitsgang hergestellt werden können. Eine Teekanne ist z. B. so konstruiert, daß bei noch nicht halber Schwenkung bereits das letzte Tröpfchen aus der Kanne fließt, also kein Deckelabfallen mehr zu befürchten ist, ebenso fällt das lästige Abtropfen fort. Arbeit zu leisten, die jedem nützt, das

ist die Aufgabe, die diese Kunstwerkstätten erfüllen, womit sie auch wieder zu dem eigentlichen Geheimnis des guten Handwerks zurückkehren.

Bohntisch und Bohnkultur.

Interessant und ausschlagreich in ihrer humorigen Note ist die vom Volkshilfsbildungsamt Grenzauer Berg im Saal des Bezirksamtes Danziger Straße veranstaltete Ausstellung „Bohntisch und Bohnkultur“; auf der einen Seite ein wahrer Trübsaladen all des geschmacklosen Bohntisches früherer Zeiten, angefangen von den staubfängerischen Plattschalen und Kaffeesträußchen, überall die unvergleichlichen Reliquien aus der Reise-, Ball- und Festtagsepoch bis zu den gigantisch großen, farberfrohen Decktischen an den Wänden, auf der anderen Seite der moderne, schlicht und geschmackvoll ausgestattete Bohntisch, dessen Ausstattung sich auf das wirklich Notwendige beschränkt, ohne deswegen etwa faul und nüchtern zu erscheinen. Diese wenigen wirklich guten kunstgewerblichen Gegenstände, die geschickte Hände zum großen Teil selbst anfertigen können, erfordern bellerbe kein großes Anschaffungskapital und sind im Vergleich zu der Masse ebenso unehrer wie unpraktischer Dinge wahrscheinlich sogar noch billiger. Gerade jetzt zur Weihnachtszeit hat diese Ausstellung eine ganz besondere erzieherische Mission zu erfüllen, denn Geberfreude und Gebertaune wird vom geschäftstüchtigen Schundfabrikanten geschickt ausgenützt. Dann stehen an belebten Straßen ganze Wagenladungen solcher „Delgemälde“, die in Riesenausmaßen für „Spottpreise“ feilgeboten werden, und all das andere Kramzeug fällt geschickt Ladentisch und Schaufenster, und der eine oder der andere fällt schließlich doch darauf herein. Der Ausstellung ist eine weihnachtliche Bücherchau für groß und klein und eine Spielwarenabteilung angeschlossen. Die Ausstellung ist bei freiem Eintritt bis einschließlich Sonntag, den 13. Dezember, täglich von 16 bis 21 Uhr geöffnet.

heret sein, persönliche Opfer zu bringen. Den Reigen der künstlerischen Darbietungen eröffnete ein Musikstück, vorgelesen vom Leonid-Kranzer-Quartett. Berechtigten Beifall erntete auch Carl Ebert mit Vorträgen aus Tolstois Werken. Man freute sich, den jetzigen Generalintendanten von Darmstadt wieder einmal in Berlin zu hören. Zum Schluß war Kurt Weill nur der Lewis Ruth Sand seinen eigenen Kompositionen ein ausgezeichnetem Dirigent.

Funkwinkel.

Stadtbaurat Wagner und der Kritiker Max Osborn diskutierten innerhalb des Inlegetrings „Berliner Werte und historisches Stadtbild“ die Frage, ob der Abruch der Spittelkolonnen als unbedingte Notwendigkeit anzusehen ist. Man kommt zu keinem Ausgleich. Das Wertvolle an vielen Ausführungen bleiben die Hinweise auf die Reulhöpungen Berlins, wie Siedlungen, Schulen und Freizeitanlagen. Also auf Schöpfungen, die von starkem sozialen Geist getragen sind. Diese Diskussionen sind besser als Vorträge, weil sie ein Problem von vielen Seiten beleuchten. Es sind keine Lösungen, aber interessante Anregungen für den Hörer. Die neuesten Schlager des Monats, die Luigi Bernauer singt, zeigen, daß die Schlagerdämmerung schon der Schlagernacht gewichen ist. Es scheint, daß die Schlager immer banaler werden, was an sich schon schwer ist. Augenblicklich beherrscht wieder der mit der Sentimentalität kokettierende Schlager die Situation. Am Abend ein schönes Konzert. Das Quartett Venecians del Vittoriale spielt Kompositionen älterer Italiener, die an die Formenprache des Rokoko gebunden sind. Aber hier, in der Kammermusik, herrscht nicht absolut die Virtuosität, wie in der damaligen Oper. Immer wieder findet die Melodie die beruhigende Führung. Es ist eine Musik voll harmonischen Lebensgefühls, die der Traurigkeit ausbleibt oder sie nur streift, aber sie nie darin verliert. Die Wiedergabe ist farbig und klar. F. Sch.

Ueber den Deutschlandender sprach in der Vortragsreihe „Große Menschen“ der bekannte und verdiente sozialistische Historiker Professor Dr. Gustav Mayer über Karl Marx. Er feierte den Schöpfer der ökonomischen Geschichtsauffassung als Philosophen, Politiker und enzyklopädischen Gelehrten. Mit einer Analyse der marxistischen Weltanschauung verband der Redner in glücklicher Weise eine Darstellung des Menschen Karl Marx. Das leidenschaftliche Ringen des jungen Marx erinnere an Goethes Faust. Hegels Dialektik habe Marx später davor bewahrt, einem platten Materialismus anheimzufallen. Marx wolle nicht der Welt doktriniert mit einem neuen Prinzip entgegenstellen. Er habe gewußt, daß der Kampf der Vater aller Dinge ist. Das kommunistische Manifest bezeichnete Professor Mayer als zu den bedeutendsten und gedankenreichsten Flugchriften der Literaturgeschichte aller Völker und Zeiten gehörend. Der Anteil Friedrich Engels' an dem Marxschen Werk sei wesentlich höher zu veranschlagen, als es der bescheidene Engels selbst dargestellt habe. Obwohl es paradox klinge, könne man sagen, daß Karl Marx heute lebendiger wirke, als jemals zu seinen Lebzeiten.

Zehn Jahre Provinz Oberschlesien.

In Anwesenheit zahlreicher Behördenvertreter sprach im Großen Saal des Lehrervereinshauses der Reichstagsabgeordnete Prälat Ullika über seine Heimat, die preussische Provinz Oberschlesien. Ein Blick zeigte das Land der rauchenden Osen, der Menschen, die in hartem Kampfe ums tägliche Brot stehen. Der Oberschlesier ist deutsch. Er ist auch guter Preuße, und er ist staatsreu, treu der Republik. Die besonderen Verhältnisse der Provinz aber bedingen besondere Maßnahmen. Die Teilung des Landes zwischen Polen und Deutschland durch einen nicht gerechten, vor allen Dingen aber nicht vernünftigen Spruch hat wirtschaftliche Verhältnisse geschaffen, die von der Regierenden mit außerordentlicher Sorgfalt beachtet und berücksichtigt werden müssen. Der Redner erkannte gerne an, daß die republikanische preussische Staatsregierung die außergewöhnlichen Verhältnisse nach besten Kräften in den Bereich ihrer Ermagungen und Entschlüsse gezogen hat. Aber gerade die Berichte aus dem Hungerbezirk Waidenburg, die der Desfentlichkeit in erschütternder Weise die Not zahlreicher Oberschlesier darlegen, beweisen, daß noch viel zu tun ist. Die Wirtschafts- und Verkehrsfragen verdienen gerade in einem in sich zerrissenen, einem aussonderergeriffenen Gebiet höchste Aufmerksamkeit. Oberschlesien war wirtschaftlich vor der Teilung östlich orientiert: Das zeigen die Linien der Eisenbahn und der Chausseen. Der Spruch des Völkerverbundes hat wangsänzig zu einem Wechsel geführt: Der deutsche Teil Oberschlesiens hat sich westlich orientieren müssen. Hieraus im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten die Schlussfolgerungen zu ziehen und, soweit es irgend angängig ist, die hilfbedürftige Provinz zu unterstützen, ist Aufgabe und wahrerkannte Pflicht der preussischen Staatsregierung.

Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier hatten kürzlich ihre Anhänger zu einem Heimatsabend nach dem Hotel Atlas zusammengerufen. Der große Saal war in den Reichs-, Landes- und Provinzialfarben reich ausgeschmückt. An der Veranstaltung nahmen auch Vertreter aus Oberschlesien teil. Das Auswärtige Amt, die Reichswehr und der Reichstag hatten Vertreter entsandt. Der Abend wurde eingeleitet durch Vorträge des Knäuper-Trios. Die Begrüßungsansprache hielt der Vorsitzende der Landesgruppe Norddeutschland Dr. Richter, die Festrede Oberbürgermeister Kajahn, Kattow. Die Sprecher appellierten an die Friedensfreunde der Welt. Es gelte Unrecht in Recht zu verwandeln. Die widerrechtliche Zuweisung eines Teiles von Oberschlesien an Polen und die Schaffung des Polnischen Korridors sei ein Unrecht an Deutschland, das die ehemaligen Feinde wieder gutmachen müßten. Die Stimmen in den Siegerstaaten, die das auch einsehen, mahnten sich von Tag zu Tag. Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien, Lutsche, und Ministerialdirigent von Erdelenburg überbrachten die Grüße der Reichs- und preussischen Staatsbehörden.

Neue Beispiele

für die Vorteile unserer **Geschknwoche**, die in unerschöpflicher Fülle **Festgaben** anbietet.

Gadiel

Das Haus für grosse Weiten

<p style="text-align: center;">Wundervolle Wollkleider</p> <p style="font-size: 0.8em;">aus reinwollnem Rips oder Papillon oder anderen wertvollen Stoffen in besonders schöner Ausführung, in jugendlichen und auch in größten Frauenweiten</p> <p style="text-align: center;">in 3 Serien: 15.- bis 21.-18.-</p>	<p style="text-align: center;">Elcgantes Abendkleid</p> <p style="font-size: 0.8em;">aus hochfeinem Mohair in der modernen Linie mit extra weingeschnittener, hinten verlängerter Glockenrock mit wunderbarer Garnitur aus Crepe Georgette, mit langem Aermel, 1/2 aus Georgette, mit botolator hochlegender Taille. Dieses herrliche Kleid ist in letzten Abendfarben und allen Größen vorrätig und kostet</p> <p style="text-align: center;">29.-</p>	<p style="font-size: 0.8em;">Aus dem Riesen-Strickwarenlager: Wunderschönes Strick-Complet</p> <p style="font-size: 0.8em;">Stellig, Waste, Pullover und Rock, aus vorz. Material, in modernen streikarten u. Mustern 39.-</p> <p style="text-align: center;">Reinwollne Pullover</p> <p style="font-size: 0.8em;">in hervorragender Verarbeitung 10.-</p>	<p style="font-size: 0.8em;">An dem gewaltigen Lager für Mäntel</p> <p style="font-size: 0.8em;">finden Sie außer gediegenen Wintermänteln vom einfachen bis zum elegantesten Genre, mit und ohne Pelz, auf Futter oder Steppfutter, in Stoffen jeglicher Art von jugendlichen bis zu größten Frauenweiten, auch Pelzmäntel aus modernsten Fellarten. Alle diese Mäntel sind von unübertrefflicher Billigkeit.</p>
<p style="text-align: center;">Ein Weihnachts-Geschenk für unsere werte Kundschaft!</p> <p style="text-align: center;">In größter Auswahl: Herrliche Damenstrümpfe 1 50</p> <p style="font-size: 0.8em;">aus vorzüglicher Kunstwachsseide, in nur beiden modernen Farben, in allen gangbaren Größen zu dem Staunen erregenden Preise von</p> <p style="text-align: center;">Mengenabgabe vorbehalten!</p>			

Eintragungen für diese Rubrik sind bei der Redaktion...

Bezirksvorstand. Sonnabend, den 14. Dezember, 18 Uhr, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes...

Achtung, Funktionärversammlung! Für die am Montag, dem 16. Dezember, 19 1/2 Uhr, in den Kammerböden, Teltower Str. 4, angeordnete Funktionärversammlung...

Kampf um die Finanzreform. Der Bezirksvorstand.

Arbeiterwohlfahrt Köpenick! Freitag, 12. Dezember, 19 1/2 Uhr, im Stadtheater Köpenick...

Freidenker Kreis Neukölln! Freitag, 12. Dezember, 19 1/2 Uhr, Aufführung des Stücks 'So war's nicht'...

- 1. Kreis Prenzlauer Berg, Leiter Kurtusabend Dr. Baumgarten...
2. Kreis Köpenick, Freitag, 12. Dezember, 19 1/2 Uhr, Sitzung des Kreis-Ausschusses...

Heute, Donnerstag, 12. Dezember: 13. Wkt. 19 1/2 Uhr Betriebsversammlung im Westhafen-Bezirk...

Morgen, Freitag, 13. Dezember: 14. Wkt. 19 1/2 Uhr Versammlung der SPD-Bezirkskommission...

- 14. Wkt. 19 1/2 Uhr Versammlung aller SPD-Bezirkskommissionen...
15. Wkt. 19 1/2 Uhr Betriebsversammlung im Westhafen-Bezirk...

Frauenveranstaltungen. 14. Wkt. 19 1/2 Uhr, Sonntag, 12. Dezember, 19 1/2 Uhr, in den Röhrenböden...

Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt. 14. Kreis Köpenick, Freitag, 12. Dezember, 19 1/2 Uhr, Sitzung des Bezirksausschusses...

Jungsozialisten Groß-Berlin. Gruppe Mitte, heute, Donnerstag, 19 1/2 Uhr, im Jugendheim...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin. Berlin, Sonntag, 13. Dezember, Spielplatz am Parkhaus...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin. Im Rahmen der Ausstellung...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin. Kreis Köpenick, Sonntag, 10. Uhr, findet in den Röhrenböden...

Geburtstage, Jubiläen usw. 14. Wkt. Kaiserliches Genossenschafts-Verein...

14. Wkt. Kaiserliches Genossenschafts-Verein. Die drei Bände vollständig in einem Bande...

14. Wkt. Kaiserliches Genossenschafts-Verein. Die drei Bände vollständig in einem Bande...

Brunnenstraße 42

Ein großes sechsstöckiges Fabrikgebäude in der Brunnenstraße 42, von einem imposanten Röhrenwerk durchzogen...

Sorgen bereitet der Firma eine beabsichtigte Verfügung des Braunkohlenwerks, nach dem Braunkohl nicht zu einem Preise...

'Weihnachtsmarkt in Alt-Berlin' nennt sich eine Ausstellung, die das Warenhaus Karstadt am Hermannplatz in seinem riesigen Verkaufsfelder geschaffen hat...

Der sieben erschienenen neue Spezialkatalog des weltberühmten Deutschen Spezialbuches...

Billige Angebote Neuererscheinungen Modern. Antiquariat

Advertisement for 'Billige Angebote' featuring various book titles and prices. Includes sections for 'Liedersammlungen', 'Bismarck, Gedanken u. Erinnerungen', 'Fischerbuch, Anselm, Ein Verurteilter', etc.

Advertisement for '40 000 Kilometer' and 'Das Alphabet der Küche' by A. E. Johann.

Advertisement for 'Musikalien' and 'Musikinstrumente' with a list of titles and prices.

KARSTADT U-BAHNHOF HERMANNPLATZ DER KARSTADT-BAHNHOF

Das Sterben der Privatbanken.

Hintergründe der Bankzusammenbrüche. — Die Ernte der Großen.

Allein in den Monaten Oktober und November haben rund fünfzig Privatbanken und mittlere Aktienbanken ihre Schalter schließen müssen.

Die Häufung der Zahlungseinstellungen durch eine abnormal große Zahl von Privatbankern hat zu einer weitgehenden Unruhe im Publikum geführt. Aus Angst vor einer Gefährdung der eigenen Depositionen hat sich das Publikum in einigen Gegenden, die besonders auffällig von der Welle der Bankinsolvenzen heimgesucht waren, zu überstürzten Abhebungen der Guthaben verhalten lassen. Dadurch wurden wiederum auch solche Bankinstitute in Schwierigkeiten gebracht, die für eine normale Beanspruchung durchaus zahlungsfähig gewesen wären. So wurden in Kassel durch die schnell aufeinander folgenden Zahlungseinstellungen dreier Privatbankhäuser die zahlreichen Kapitalrentner dieser Stadt in einen derartigen Schreckenszustand versetzt, daß die führenden Bank- und Wirtschaftskreise mit Beruhigungserklärungen eingriffen, um einen drohenden Sturm auf die Kasseler sämtlicher Banken zu verhindern. Inzwischen hat sich dort wie auch an anderen Stellen des Reiches die Bankfurcht davon überzeugen lassen, daß

von einer allgemeinen Bankkrise nicht die Rede sein kann.

Abgesehen von den beinahe unangreifbaren Großbanken, den mit besonderen Garantien ausgestatteten Sparkassen und Genossenschaftsbanken hat auch die Gesamtheit der Privatbanken (rund 3000 in Deutschland) den verstärkten Anforderungen der Kundenschaft standgehalten. Angesichts dieser Tatsache fallen die rund 50 Zahlungseinstellungen kleiner Bankfirmen als generelle Krisenzeichen nicht ins Gewicht, um so weniger, als hierfür in der Mehrzahl der Fälle auch nicht die „schlechten Zeitverhältnisse“, sondern eigenes Verschulden der Inhaber bzw. verantwortlich zu machen sind. Allerdings ist es kein Zweifel, daß sich die Bankzusammenbrüche nunmehr auf eine verhältnismäßig kurze Zeit zusammengeklärt haben; die Guthabensrückstellungen der mißtrauisch gewordenen Kundenschaft haben wohl hier und da das Ende einer „Launen“ Bank beschleunigt, die eigentlichen Ursachen der Bankzusammenbrüche liegen tiefer. Sie liegen zunächst darin begründet, daß im Vergleich zu dem erheblich verringerten Tätigkeitsfeld in dem verarmten und kleineren Nachkriegsdeutschland

eine viel zu große Anzahl von Bankiers

sich um die Verwaltung des relativ zusammengeschmolzenen deutschen Volkseinkommens bemüht. Die Ueberbesetzung im Bankgewerbe geht zum großen Teil auf die Inflationszeit zurück; denn damals haben die Börsenspekulationsgewinne die Errichtung selbständiger Bankgeschäfte ohne viel Kapital begünstigt, so daß an allen Ecken und Enden der großen Städte und auch auf dem flachen Lande die Bankgeschäfte wie Pilze aus der Erde schossen. Seit etwas über zwei Jahren sind die bequemen und großen Verdienstmöglichkeiten an der Börse infolge des andauernden Kursniederganges bei gleichzeitiger Zurückhaltung des Publikums immer mehr zusammengeklumpt.

Aus den Börsengewinnen wurden Börsenverluste.

Dem vielfach unternommenen Versuch, neue Verdienstquellen etwa durch Erweiterung der Kreditgewährung an die Wirtschaft zu erschließen, fand meistens der Mangel an ausreichendem eigenem oder fremdem (Einleger-)Kapital hemmend im Wege. In der Sucht, trotzdem Geschäfte zu machen, haben sich nicht wenige Privatbankfirmen über dieses Hemmnis hinweggesetzt, und diese Unvorsichtigen sind es in der Hauptsache, die jetzt der Ueberbesetzung ihrer Kreditverleihung zum Opfer gefallen sind. Die Schwierigkeiten, die notleidenden Wirtschaftskrediten flott zu machen und teilweise auch endgültige Verluste durch Konkurs der Bank-

schuldner, haben vielfach die an sich schon knappen Betriebsmittel weiter verknüpft, und zwar nunmehr in einem Zeitpunkt, wo auch die Ergänzung der eigenen Mittel durch die Aufnahme von Auslandskrediten an der Zurückhaltung der ausländischen Kapitalgeber scheiterte.

Es kam hinzu, daß die im Besitz der Bankiers befindlichen Wertpapiere durch die starke Kursabschwächung an der Börse an Wert verloren haben; bei der gegenseitigen Kreditgewährung der Banken untereinander spielt aber gerade die Verpfändung von Wertpapieren eine Hauptrolle. In dem Maße, wie die Kreditunterlage im Kurse sinkt, verringert sich auch die Möglichkeit der Kreditbeschaffung für die Bankiers; sinkt das Kreditunterpfand unter die übliche Verleihungsgrenze (die Banken verleihen die eingereichten Wertpapiere nur zu einem bestimmten Prozentsatz des Kurswertes), dann müssen die Kreditnehmer entweder den ungedeckten Kreditbetrag sofort zurückzahlen, oder die kreditgebenden (Groß-)Banken halten sich durch Verkauf der als Unterpfand erhaltenen Wertpapiere schadlos. Auf solche Weise ist eine ganze Anzahl der letztmonatigen Bankinsolvenzen herbeigeführt worden, ohne daß die (Groß-)Banken, die sich ihre Kredite sehr gut gefischt hatten, dabei größere Verluste zu beklagen gehabt hätten. Die Verluste fielen vielmehr fast restlos den gutgläubigen Einlegern zur Last, die bei der Risikoverteilung meistens feststellen mußten, daß für sie kaum noch Werte übriggeblieben waren. Auch hier zeigt es sich, daß

die Großbanken die einzigen Nutznießer

des „Auscheidungsprozesses im Bankgewerbe“ sind. Darum kann es nicht verwundern, daß sie dem „Sterben des kleinen Bankiers“ ziemlich tatenlos zusehen und sich nur dann zur Unterstützung herbeilassen, wenn sie aus dieser Weise ihrer Organisation einen neuen Geschäftskreis angliedern können. Nach den Tausenden zur Entlassung gekommener Bankangestellter scheinen nun die kleinen Privatbankiers an der Reihe zu sein, die als Opfer der sogenannten Bankkonzentration auf der Strecke bleiben. Mit der erdrückenden Kapitalmacht der Großbanken können die kapitalschwachen Kleinbanken in sehr vielen Geschäftszweigen die Konkurrenz nicht aufnehmen; sie können nur bestehen, wenn sie sich die Schwächen des zwangsläufig zur Bürokratisierung neigenden Großbankapparates zunutze machen, das heißt, wenn sie sich auf bestimmte den Großbanken nicht liegende Geschäfte spezialisieren und zur individuellen Kundenwerbung und Kundenbedienungsübergehen.

Untersucht man die bis jetzt gemeldeten Bankzusammenbrüche bis in ihre letzten Ursachen, und sieht man, wie in der Mehrzahl der Fälle

Leichtsin, Großmannsucht, übertriebener Privataufwand, gewagte Börsenspekulationen, Betrugsmanöver usw.

den Bankrott verschuldet haben, dann wird man sich hüten, die Bankkrise als Vorreiter der allgemeinen Wirtschaftskrise zu bezeichnen. Die bisherigen Bankpleiten sind zum allergrößten Teile Privatpleiten und hängen mit der Wirtschaftskrisenkonjunktur kaum zusammen. Das geht schon daraus hervor, daß die Mehrzahl der zusammengebrochenen Banken eigentlich schon lange für den Bankrott reif gewesen ist und sich teilweise nur durch die Gnade der Großbanken, die Kunden für ihre aus dem Auslande geborgenen Börsenkredite brauchten, über Wasser halten konnte.

Der fortgesetzte Verschwind der gegen Börsenkredite verpfändeten Kreditunterlagen einerseits und die größere Schwierigkeit bei der Beschaffung des ständig teurer gewordenen ausländischen Leihgeldes andererseits verdrängen den Großbanken zulebends das Interesse an diesen immer riskanter werdenden Krediten für die Provinzbanken. Wie auf Verabredung liegen sie ihre Schützlinge fallen, um dort, wo es sich zu lohnen schien, sofort deren Erbe anzutreten.

noch nicht genau festgestellt werden können, daß der deutsche Geschäftskonzern mit der belgischen „Sofina“ bereits in Verbindung steht. Die Kapitalausstattung der „Sofina“ ist also offensichtlich auch für die zukünftige Entwicklung der deutschen Elektrizitätswirtschaft von erheblicher Bedeutung.

Anleihe der Reichspost.

Projekt einer 200-Millionen-Auslandsanleihe.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost befaßt sich auf seiner zur Zeit noch nicht beendeten Sitzung mit der Frage der Auflegung einer Auslandsanleihe in Höhe von 200 Millionen Mark.

Das Projekt einer größeren Anleihe bei der Reichspost ist nicht neu, jedoch wurde diese Frage immer wieder zurückgestellt, da der Anleihebedarf des Reiches und der Reichsbahn als vorrangig angesehen wurden. Nach den Mitteilungen des Reichspostministeriums soll die beabsichtigte Anleihe zur Abdeckung von Verschüssen aus Postbesitzguthaben dienen. Dieser Benutzung von Postbesitzguthaben ist durch den Zwang zur Liquiditätshaltung bei den Postbesitzkäufern eine bestimmte Grenze gesetzt. Wie wir hören, beträgt bei einem durchschnittlichen Bestand der Postbesitzguthaben von 700 bis 800 Millionen die Beanspruchung durch Vorläufe etwa 190 Millionen.

Wenn auch von der Postverwaltung darauf hingewiesen wird, daß die gewährten Vorläufe jederzeit wieder flüssig gemacht werden können, von einer Anspannung der Geldverhältnisse also nicht gesprochen werden könnte, vertritt die Postbehörde trotzdem den Standpunkt, daß die bisher gegebenen Vorläufe in dieser Höhe nicht aufrecht erhalten werden können. Man habe sich daher entschlossen, eine Anleihe in dem genannten Umfange aufzunehmen, um mit den neu hereinkommenden Mitteln die Vorläufe abzudecken.

Nach den Mitteilungen des Reichspostministers wird der Vorschlag für die Einnahmen der Reichspost für das laufende Betriebsjahr nicht voll erreicht werden. Jedoch sei für den Ausfall Deckung vorhanden. Wie bei anderen öffentlichen Unternehmungen sei auch die Finanzlage der Reichspost ernst, biete jedoch zu besonderen Bedenken keinen Anlaß.

Beschlüsse bei der Berliner Photomaton-A.G. Die Deutsche Photomaton-A.G. Berlin meldet für das erste Geschäftsjahr 1928/29 einen Verlust von 13 000 Mark bei einem Kapital von 500 000 M.

Anleihen und Konjunktur.

Ist Vollbeschäftigung nur durch Kapitalbildung möglich?

Nach der Auffassung der deutschen Unternehmer ist eine weitere Auswärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft nur möglich, wenn durch finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen die Kapitalbildung in der Privatwirtschaft gefördert wird. Insbesondere wird immer darauf hingewiesen, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht beseitigt werden könne, wenn nicht durch stärkere Kapitalbildung der Produktionsapparat Deutschlands erweitert und verbessert werde. Wir haben den Standpunkt vertreten, daß Erweiterungen und Verbesserungen des Produktionsapparates zwar notwendig seien, daß diese aber in absehbarer Zeit keineswegs aus der inneren industriellen Kapitalbildung allein erfolgen könne, wie auch die Stagnation in der Wirtschaft wesentlich darauf zurückzuführen sei, daß im Gegensatz zu früheren Jahren die Zufuhr ausländischen Kapitals zum Ausbau der Produktion ausgeblieben habe.

Darüber ist man sich offenbar nun auch in großen Teilen der deutschen Unternehmerschaft klar. Nur hört man selten davon, weil die wirtschaftspolitische Einheitsfront gerne nach außen aufrecht erhalten wird. Deshalb sind Ausführungen interessant, die im Heft 23 der Zeitschrift „Maschinenbau“ stehen und in der die Bedeutung des fremden Kapitals für die deutsche Produktionsverbesserung und die Befähigung der Arbeitslosigkeit nachdrücklich unterstrichen wird. Man erwartet danach durch die Annahme des Young-Plans und durch Steuererleichterungen im Rahmen der Finanzreform zwar einen neuen Antriebs für die Unternehmerinitiative und damit auch für die gesamte Wirtschaft. Doch werden diese Dinge als offenbar weniger wichtig angesehen als die Anlage neuen fremden Kapitals in der deutschen Wirtschaft. Es heißt nämlich:

„Je stärker aber die Investierung fremden Kapitals in Deutschland sein wird, desto schneller wird die deutsche Wirtschaft ihre volle Kapazität erreichen und auch die Produktivkraft derjenigen ausnützen können, die jetzt als Arbeitslose zur Unfähigkeit gezwungen sind. Das aber ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gesteigerte Eigenkapitalbildung, also eine wesentliche Bedingung, um Deutschland von der Zufuhr fremden Kapitals unabhängig zu machen.“

Danach ist es also heute noch zu früh, um die deutsche Wirtschaft in der Befriedigung ihres Kapitalbedarfs auf eigene Füße zu stellen. Das ist auch unsere Ansicht. Das aber in dem Organ der wichtigsten deutschen Unternehmerrunde das gesagt wird, muß festgehalten werden.

14 Prozent Montan-Dividende.

Der Abschluß der Charlottenhütte.

Die unter der Leitung des Stahlmagnaten Flick stehende Charlottenhütte in Niedersachsen wird nach dem Aufsichtsratsbeschuß für das am 30. September abgelaufene Betriebsjahr 1928/29 ihre Dividende von 12 auf 14 Prozent heraussetzen.

Die Charlottenhütte führt selbst keinen eigenen Betrieb mehr; da sie leinzeitig bei der Gründung des rheinisch-westfälischen Stahlwerks (Bereinigte Stahlwerke A.G., Düsseldorf) ihre sämtlichen Werke in den Stahltrüff eingeleitet hatte. Das Unternehmen zieht daher seine Gewinne jetzt nicht mehr aus eigenem Betrieb, sondern als Großaktionär des Stahltrüffs aus den Dividenden dieses Unternehmens und den Gewinnen anderer Beteiligungen. Jedenfalls zeigt aber diese hohe Dividende, daß es heute eine recht lukrative Sache ist, Aktionär bei Montanunternehmen zu sein.

Er kennt sich selbst nicht aus!

Die Bilanzen bei Privatversicherungen.

Der Leiter der Allianz und der Stuttgarter Verein Versicherungs-A.G., Generaldirektor Schmidt, teilte in einer Konferenz mit, daß sich das Versicherungsgeschäft im Laufe dieses Jahres technisch ungünstig entwickelt habe, wobei allerdings das Lebensversicherungsgeschäft eine Ausnahme mache. Die Prämieeinnahmen in allen Versicherungszweigen werden bei dem Konzern etwa 800 Millionen in diesem Jahre erreichen. Ueber den Kaufpreis für die zusammengebrochene Frankfurter Allgemeine Versicherungsgesellschaft würde Anfang des nächsten Jahres eine Verständigung erzielt werden. Von einem 15-Millionen-Angebot der Allianz an die Frankfurter Allgemeine könne aber nicht die Rede sein.

In Verbindung mit der auch von den Gewerkschaften besonders eindringlich geforderten Versicherungsreform waren die Ausführungen Dr. Schmitts über die Publizität wichtig. Es will schon etwas heißen, wenn einer der führenden Versicherungsunternehmer in Deutschland zugestehen muß, daß bei den bisher gehandhabten Bilanzierungsmethoden nicht einmal Fachleuten die Möglichkeit gegeben sei, die Geschäftsabrechnung eines anderen Versicherungsunternehmens zu durchschauen. Es müsse daher auch von den Führern der Privatversicherung selbst eine durchgreifende Reform der Bilanzpublizität gefordert werden. Besonders notwendig sei bei dieser Reform eine Trennung der direkten und indirekten Versicherungsgeschäfte, wodurch erst die Möglichkeit gegeben sei, die entscheidenden Kennzahlen des Betriebes, die Kostenjahre usw. herauszufinden. Allerdings machte Herr Schmidt die unvernünftige Einschränkung, daß über Beteiligungen, besonders ausländische, nähere Angaben aus geschäftspolitischen Rücksichten vermieden werden müßten.

Legt keine Spargelder in Betriebsparkassen an! Wie riskant eine solche Anlage ist, hat sich dieser Tage bei der in Zahlungsunfähigkeit geratenen Deckenfabrik Zöppl in Wergelstetten gezeigt. In die Wertparkasse waren 43 000 M. Arbeiterspargelder eingezahlt worden; sie fallen mit unter das Vergleichsverfahren und die Sparer werden sich wohl oder übel mit der Vergleichsquote abfinden müssen. Wohl bemüht sich der Betriebsrat, die Vergleichsquote für die Sparer zu erhöhen, allein es dürfte dabei kaum etwas Positives herauskommen. — Der Wergelstetter Fall steht nicht vereinzelt da. Derartige Fälle sind in der letzten Zeit öfter vorgekommen. Die Anlage von Spargeldern in Wertparkassen ist vom Standpunkt des Arbeiters nicht nur eine Unvorsichtigkeit, sondern auch eine grobe Torheit; denn bei den Lohnverhandlungen können die Unternehmer stets darauf verweisen, daß ihre Arbeiter erhebliche Sparsparlagen gemacht haben und also nur nicht so leicht entlohnt seien. Wenn die Arbeiter ein paar Goldgulden zurücklegen, dann können sie ihre Ersparnisse bei der Arbeiterbank oder in der Konsumgenossenschaft anlegen. Dort wird ihnen auch eine weit bessere Verzinsung gewährt als bei den Wertparkassen.

Wie die „Sofina“ rüftet.

Ueber 1 Milliarde Franken in Bereitschaft.

Die „Sofina“, von der wir in den letzten Tagen öfter gesprochen haben, heißt mit ihrem vollen Namen „Société financière de transports et d'entreprises industrielles“ (Gesellschaft für Finanzierungen, Transporte und industrielle Unternehmungen) und hat ihren Sitz in Brüssel. Sie ist jener internationale Elektrowirtschaftskonzern, von dem man erwartet, daß er sich besonders stark an der Eroberung der öffentlichen Elektrowirtschaft Deutschlands durch das ausländische Kapital beteiligen wird, falls die Zuführung ausländischen Kapitals an die deutsche öffentliche Wirtschaft so weiter gedroht wird wie bisher.

In einer außerordentlichen Generalversammlung dieser Gesellschaft wurde festgestellt, daß die „Sofina“ erheblich mehr als 1 Milliarde belgische Franken (über 120 Millionen Mark) Reserven für Finanzbeteiligungen des Konzerns in der europäischen Elektrowirtschaft bereitgestellt hat. Auf eine Frage aus Aktionärkreisen, was die Gesellschaft mit diesen enormen Reserven anfangen wolle, antwortete der Konzernchef Heinemann zwar ausweichend, aber für deutsche Beobachter doch deutlich und interessant genug. Er verwies darauf, daß der Verbrauch von elektrischer Kraft in Deutschland noch im Anfangsstadium sei, wenn man ihn mit Amerika vergleiche, wo seit 1912 der Stromverbrauch von 12 Milliarden auf 100 Milliarden Kilowattstunden gestiegen sei. Trotz dreimal so großer Bevölkerung könne Europa einschließlich Rußlands nicht entfernt mit einem solchen Stromverbrauch aufwarten. Zwar unrichtig, aber mit Nachdruck wies er darauf hin, daß die günstige Entwicklung Amerikas durch den privaten Charakter der Kraftwerke begründet sei, und die Lehre für Europa liege auf der Hand. In der künftigen Entwicklung Europas würden diejenigen Gesellschaften, die es verstanden hätten, beträchtliche Kapitalien zusammenzubringen, die größte Rolle spielen.

Wir haben vor nicht langer Zeit auf eine Rede des Generaldirektors Olinde des deutschen Geschäftskonzerns hingewiesen, der ausdrücklich sagte, daß der Geschäftskonzern seine Kapitalreserven verstärken müsse, um angesichts der bei den deutschen Städten bestehenden finanziellen Notlage für den Fall gerüstet zu sein, daß man öffentliche Werke übernehmen müsse. Wessern haben wir ausübtlich gezeigt, welche Rolle die „Sofina“ in der deutschen Elektrizitätswirtschaft schon zu spielen beginnt. Tatsache ist, wenn die Zusammenhänge im einzelnen auch

Jens Lornsen: Glück kehrt auch wieder

Heder stand an der Reling und schaute, während das Schiff langsam, von Winden und Tressen gezogen, dem Kai näher trieb, gespannt zu den Wartenden hinüber. Viele Menschen waren nicht gekommen. Es war ein kleineres Schiff, das er in New York bestiegen hatte, er wollte sparen, wußte, daß in der alten Heimat jede runde Mark ihren Wert hat. Er wollte überhaupt nicht, daß man Aufhebens von seinem Kommen machte, hatte kaum seinen Vater wissen lassen, daß er um diese Jahreszeit zu fahren gedächte. Dann hatte er vor drei Tagen, schon halb vor den Toren des alten Erdteils, seinem Vater die Ankunft in plötzlicher Eingebung gedroht, — vielleicht hatte er Scheu vor der Ueberraschung, vielleicht hatten es die Gespräche der anderen gemacht, die alle heimlich warteten, daß jemand sie empfangt.

Späthend schaute er zu der Menge der Winkenden hinüber, unsicher und ohne Wissen, jemand zu erkennen. Dann sah er plötzlich Berta Abt.

Sein Vater war also zu alt gewesen, um in die Hafenstadt zu fahren, — zehn Jahre lagen nun dazwischen. — da hatte er Berta geschickt. Sonderbar, er hatte danach ausgeguckt, nun er sie sah, wußte er es und hatte doch all die Zeit nie nach ihr gefragt. Frei hatte er da drüben bleiben wollen, — so grausam ist das Leben jenseits des Wassers, man darf sich nicht sehnen, nur die Stunde gilt und die Kraft, mit der man den anderen zur Seite drängt. Nun stand Berta am Kai, als lägen keine zehn Jahre dazwischen, sondern eine der Reiten, die ihn mitunter von seiner Heimat in die Stadt geführt hatten, — stand da, kaum verändert, er hatte sie gleich erkannt.

Die letzten Minuten der Reise sind meist die schwersten; ungebärdig wurde Heder, bis die Fahrgäste seiner Klasse an die Reihe kamen. Endlich konnte er eilig über die Reling gehen, begrüßte sie, ein wenig bekümmert, wie von langer Säumnis, die er sich doch nie gesehen würde, und sah sich fragend um, einen Augenblick unentschlossen, was er beginnen sollte.

„Wenn du willst“, sagte sie, „können wir mit dem Abendzug fahren, ich habe ein Zimmer bestellt, vielleicht, daß du dich ausruhen willst?“

Heder nickte, überrascht über solche Selbständigkeit. „Das ist gut“, sagte er befreit. Sie winkte einem Wagen, der Gasthof wäre nicht weit, kaum daß Berta Abt bis dahin die ersten Fragen nach dem Vater beantworten konnte. Dann wies ein Kellner ihnen das Zimmer, das sie belegt hatte. Ein kleines Mädchen sprang ihr entgegen. „Bist du sehr artig gewesen?“ fragte sie. Und dann, wie entschuldigend zu ihm: „Ich wollte ihr die Stadt einmal zeigen, so weit ist es ja nicht und du solltest sie auch kennen lernen.“

Heder war in der Tür stehen geblieben, den Koffer stellte er mit einem kurzen Hauch zur Erde, er war ihm plötzlich schwer geworden. „Dein Kind?“ fragte er.

Sie nickte kurz, ein wenig auffällig: „Ich war verheiratet, sollte ich zehn Jahre warten?“

Er ging wortlos zum Schrank, legte den Mantel ab und ver suchte, jedes einzelne ihrer Worte zu wiederholen, Schwanke zwischen dem Besorgten, allein zu sein und einem wilden Bekannnis, wie sehr er sich gefreut hatte, sie wiederzusehen, oh, erst auf der Heim-

fahrt hatte er ja nach jenen zehn Jahren zum erstenmal Zeit zur Rechenschaft über sein Leben gefunden.

„Du warst verheiratet, sagst du?“ Er fragte noch abgewandt, so gleichgültig wie er vermachte.

„Ja war es.“ Und dann nach einem Atemholen: „Man glaubt, es ginge mit einem anderen, wenn man zu einsam wird, aber besser ist es, man trägt sein Schicksal allein.“

Der Mann war schweigend zum Koffer gegangen, nestelte am Schloß herum, es übermüdete ihn noch zu stark; die Erinnerung an den Abschied, die Scheu in diese zehn Jahre, da sie einander hatten vergessen wollen, — das Schicksal ihrer Einsamkeit.

„Und ihr gingt wieder auseinander, — du und dein Mann?“ fragte er. Seine Stimme brach, eine Furcht ohne gleichen klang hindurch.

Sie nickte. „Es ist ja nun gut, warum sollen wir darüber sprechen? Jeder muß das Leben an sich selbst erfahren. Du hast es wohl auch gespürt?“

„Und, und —“ drängte er.

„Was fragst du noch?“

Ja, was fragte er denn noch. „Vater sagte dir, daß ich heimkehrte?“

„Ja, dein Vater sagte es mir!“

Der Mann beugte sich zum Kind nieder, weicher als die Frau; es war heiß in ihm ausgeflohen, sie sollte es nicht sehen. „Wie heißt du?“ fragte er.

Das Mädchen nannte einen kleinen lieblosenden Namen, nickte ihm zu und stellte wieder Bausteine übereinander. „Es ist sehr artig“, sagte der Mann, und dann, noch ergriffen von einem Schicksal, das ihm das Blut in die Schläfen trieb, „wann erfuhrst du, daß ich kommen würde, Berta?“

Sie sah ihn an, ein stilles überlegenes Lächeln, das Verwirren machte: „Du hattest es geschrieben, daß du im Herbst kommen wolltest. Vor drei Tagen sagte dein Vater es mir, ich besuchte ihn.“

„Ich bekam Sehnsucht, du!“ Er wußte plötzlich, sie erfuhr von ihm, als es über ihn kam, die Stunde der Rückkehr zu drängen, als er fühlte, daß es Sinn hatte, heimzukehren und ein Fremdes ihn zwang, seine Freude mitzuteilen. Gab es so etwas? Bedrängt fühlte er sich von dem wilden Willen dieser Frau, wollte sich frei machen, suchte nach einem oberflächlichen Wort, aber es gelang ihm nicht.

Da mußte er aufstehen, tief wartend schaute sie ihn an: „Ist es nicht gut, daß ich kam?“

„Es ist schön, daß du kamst“, nickte er. Befasst fühlte er sich, umfing wie das Kind, das sie streichelte, das sie geboren hatte, um sich ihm zu entwenden, und das sie beide doch nicht vom Schicksal hätte lösen können.

„Es sollte wohl alles so kommen, Berta!“ Er griff nach ihrer Hand, als habe er um Vergebung zu bitten.

„Gut“, sagte sie, noch spröde abnehmend, als wollten zehn Jahre Wartens aufsteigen und sie müßte sie überwinden. „Ach, sag“, fuhr sie glücklich fort, „die Zeit ist vorüber, was kommt, ist unser!“

„So! unser sein — du!“

Neues aus Herkulanum

Die rasch fortschreitenden Ausgrabungen in Herkulanum haben in jüngster Zeit den ganzen zweiten Abschnitt des kleineren Straßensblöcks mit den von Häusern flankierten beiden Seiten freigelegt. Auf der Westseite ist dabei ein weiteres Häuschen ans Licht getreten, dessen Mauern wertvolle, in lebhaften Farben gehaltene Fresken mit Landschaften und Jagdszenen schmücken. Man fand in der Schachtgrube weiterhin einen sehr schönen Bronzefandolaber, der 1,80 Meter hoch ist und in drei Tierkrallen ausläuft. Im letzten Hause, das auf der Ostseite des zweiten Häuserabschnitts ausgegraben wurde, lenkt besonders die Säulenreihe des Peristils, in dem sich Fenster mit stark verflochtenen Rahmen und Mosaik öffnen, die Aufmerksamkeit auf sich. Das Peristyl besteht aus zwanzig mit Gips besetzten Säulen. Darunter ist eine vierreihige, während die anderen runde Form zeigen. Rings um den 100 Quadratmeter großen Garten läuft der mit Zinnoberfarbe angestrichene Abzugs kanal, der zum Sammeln des Wassers diente. Ein daneben liegendes Häuschen, das indessen noch nicht vollständig freigelegt ist, zeichnet sich besonders durch das wundervolle Mosaikpflaster aus, das so gut erhalten ist, als wäre es eben erst fertiggestellt. Ein Teil dieses Mosaikpflasters zeigt geometrische Figuren, das andere besteht aus schwarzen und weißen Rechtecken. Von einem dritten Hause desselben Abschnitts wurden vier Fenster und das Vestibül freigelegt. Ein Zimmer zeigt an den Wänden Dekorationsmotive auf schwarzem und rotem Grund mit Pflanzen und Blumengewinden, die von einer großen, schön gearbeiteten Maste überragt werden. Auch hier zeigt das Fenster in dem verflochtenen Holz die Wirkung des Feuers.

Mittlerweile arbeitet man am Korso Erculano in Neapel emsig an dem Bau der monumentalsten Zufahrtsstraße. Sie wird mit sieben Statuen geschmückt, die Gestalten von Tänzerinnen in der typischen Pose darstellend. Gegenüber dem Eingangstor wird ein ausgedehnter über 500 Quadratmeter großer Platz angelegt. Von hier aus wird eine Prachtstraße, die von Diademen- und Lorbeerbäumen umfaßt ist, im sanften Anstieg zu dem Ausgrabungsgelände führen. Die Straße ist in einer Länge von 400 Meter und einer Breite von 8 Meter geplant und erhält an jeder Seite einen Fußweg von je 50 Zentimeter Breite.

Das älteste Inkagrab

Bei Ausgrabungen in der Nähe von Cuzco in Peru ist man auf einen höchst wertvollen Fund gestoßen. Cuzco, nördlich vom Titicaca-See, ist heute eine mittlere Stadt ohne jedes Interesse; einst war es die Residenz der Inkas, die als Residenz viele Sehenswürdigkeiten und Kostbarkeiten in sich barg, vor allem den mit Gold überdeckten Tempel der Sonne; die Spanier haben dort gründlich aufgeräumt. Unser Wissen von diesen Sonnenkulturen, den Inkas, ist noch immer sehr lückenhaft, da das von ihnen durch die Spanier überlieferte Bild wenig Wert hat, und so ist jede Neuentdeckung zu begrüßen. Nun ist jetzt durch den amerikanischen Archäologen Dr. Berrill im Auftrage und für das amerikanisch-indianische Museum in New York ein Inkagrab aufgedeckt worden, das in verschiedener Hinsicht besondere Beachtung verdient. Zunächst hat man von den Inkas nur Kunde aus ihrer Blütezeit gehabt, also aus der Zeit, wo die Spanier dort auftraten (1531), und man hat sie denn auch weiter zurückverfolgen können, ungefähr bis zum Jahre 1000, wo sie aus der Fremde eingewandert sein sollen. Dieses Grab ist aber weit älter, ungefähr 3000 Jahre alt. Es stammt aus derselben Zeit, der das in Ägypten gefundene merkwürdige Grab des Tutench-Amun auch angehört. Die Inkas haben aber zu dieser Zeit das jetzige Peru und Bolivien noch nicht beherrscht, und man darf deshalb das gefundene Grab auch nicht recht ein Inkagrab nennen. Es schlummert darin nur einer der zahlreichen Führer der Gebirgsstämme; das Land selbst, die Küste und die westlichen Andenabhänge gehören ihm nicht.

Der Körper des Toten und der ganze Inhalt des Grabes sind großartig erhalten. Die Menschen der damaligen Zeit hatten eine besondere Art der Mumifizierung; nachdem sie dem Körper das Blut entzogen und die inneren Organe entfernt hatten, legten sie ihn mehrere Tage starker Hitze aus, so daß er ausgegärtet wurde; dann legte man ihn in ein großes Korbgewebe und in die Erde und umgab ihn mit starken Steinplatten. Damit war von ihrer Seite alles geschehen, das übrige, die Konservierung, besorgte der Boden, der trockene, wasserlose, salpeterhaltige Sandboden der peruanischen Wüste. So haben sich auch alle Kleidungsstücke und Schmuckgegenstände wunderbar frisch erhalten. Der Kopf trägt ein goldenes Königshelm und Federn heiliger Vögel; die Farben der Federn sind vollkommen frisch und glänzend. Auffallend ist, daß das Gesicht nicht frei liegt, sondern mit einer rotfarbenen Maske aus Holz bedeckt ist, die um den Kopf herum mit einer Binde festhalten Gewebe festgehalten wird. Das Gewebe ist so zart und erscheint so neu, als wäre es heute von der geübtesten Stickerin angefertigt. Ohrringe, Halsbänder, die mitgebrachten Trinkgefäße und sonstigen Gebrauchsgegenstände sind aus reinem Silber und Gold. Natürlich hat man auch das Schwert, die Streitart, die ganze Waffenrüstung mit dem Sonnenwahn verfertigt. Eigentümlich sind auch die unendlich vielen Lächer und Umhängbinden, mit denen die Mumie umgeben ist; sie sind so zahlreich, daß der ganze Körper darin gemuldet verloren, eine menschliche Gestalt gar nicht zu erkennen ist. Auch diese Lächer und Binden zeigen ein äußerst zartes Gewebe, und die verschiedenen Farben dieser Gewebe sind vollkommen frisch. Ueber den Sinn vieler dieser hellblauen Figuren aus Gold, Silber, gebranntem Ton, die sich in dem Korbgewebe befinden, ist man sich noch nicht klar; man weiß nicht, ob es Götter sind. Die Wissenschaft wird auch diese Frage klären.

Eine Brücke für 80 Millionen Mark. Der Straßenverkehr zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten wird sehr erleichtert durch die Eröffnung der großen neuen Brücke über den St. Lawrence-Ström bei Montreal, deren Bau nach 1 1/2-jähriger Arbeit erst im Weihnachtstag ganz vollendet sein wird. Dieses große Ingenieurwerk, das 80 Millionen Mark kostet, ist über 3 Kilometer lang und hat eine Breite von fast 28 Meter, die vier verschiedene Strohen für den Handelsverkehr enthält.

Beryllium, das schon vor hundert Jahren entdeckt, kommt jetzt zu technischer Bedeutung. Man verwendet es beim Bau von Röntgenröhren, weil es kurzwellige Strahlen viel besser durchläßt als Aluminium. Ferner dient es als Zusatz zum Kupfer für die Elektrotechnik. Die Berylliumbronze (Kupfer mit sehr wenig Beryllium) leitet sehr gut und läßt sich härten. In den letzten 7 Jahren ist der Berylliumpreis von 200 R. auf eine (1) Mark für das Gramm heruntergegangen. Die amerikanische Technik plant die Verwendung des Leichtmetalls für den Flugzeugbau.

Das Baby unter Deutschlands Inseln

Fahrt nach Trischen

Haben Sie schon einmal von Trischen gehört? Sogar an der Borsenbörse wurde mir auf diese Frage in den meisten Fällen eine verneinende Antwort. Dabei ist die Insel Trischen noch ein Vorkünder größer als Helgoland. Allerdings, Trischen ist ein sehr später Nachkömmling in der Inselfamilie unserer Nordsee. Ist es nicht überraschend, daß diese Insel noch nicht einmal achtzig Jahre zählt?

Im Jahre 1854 entdeckten Nordseefischer gegenüber Friedrichsloog im Battenmeer winzige Inseln, die mit Queller, der bodenbindenden Wasserpflanze, bewachsen waren. Die dürftige Flora verriet, daß es sich hier um werdendes Neuland handelte. Die Landspuren wurden dauernd beobachtet, und bald ergab sich, daß hier am Leib unserer alten Erde Veränderungen sich vollzogen; die kleinen Inseln dehnten sich, und in einer Reihe von Jahren waren sie eine einzige weite Fläche. Allerdings, was der blanke Hans hier zurückgab, ist nur ein kleiner Teil der Beute, die er auf wiederholten Raubzügen davongetragen hat: die Insel Trischen ist Marschenland, das bei der großen Sturmflut im 1510 die Nordsee traf. Es war die sogenannte Antonius-Flut, von der man heute in den Fischerdörfern noch spricht, und bei der auch der Jaderbusen in die deutsche Küste gerissen wurde.

Ich habe in diesen Tagen auf dem jüngsten Stück deutscher Erde gestanden, bin auf den Deichen der Insel gewandert, kurz habe in einer Welt gelebt, in deren Einamkeit es keine anderen Laute gibt als den Klang des Meeres und das Schreien der Seenvögel. Trischen ist Vogelschutzgebiet. In den Dünen des südlichen Strandes haufen Tausende von Seenvögeln. Rahtst du diesem Gebiet als Eindringling, dann alarmiert dein Kommen schon aus der Ferne das unzählbare Heer der Hüllgefiederter, die Eskapaden von Borwürfen, Wahnungen, Drohungen über dich entladen. Gern läßt du sie, nordwärts dich wendend, zu dem freundlichen Geschäft der Vermehrung zurückkehren. Welche Bewandnis hat es mit dem Krater dort, gebildet durch das Rund einer hohen Düne nan fünfzig Meter Durchmesser? Es ist die Urzelle des ganzen Eilandes, das erste um die Jahrhundertmitte emporgetauchte Stückchen Erde, dessen kleiner Dünenturm, die früheste von menschlicher Hand geschaffene Schutzwehr, heute wie eine alte Festung amüset, deren Armierung durch die Entwicklung der Kriegskunst überholt ist.

Nicht einfache schwarze Holzkreuze in der Nähe des großen, von windgesaustem Strandhafer bewachsenen Deich sind das Kennzeichen des Friedhofs der Ramenlosen. Unter dem großen Kreuz dort in der Mitte soll ein in der Stagerokschacht gefallener deutscher Pflieger ruhen. Sicheres weiß niemand über den Toten, der damals an den Strand gespült wurde, und nur bei zwei der Bestatteten konnten Name und Heimat auf einem kleinen Schild verzeichnet werden.

Trischen ist das alte Flackelholm in Ostian Treussens „Drei Getreuen“. Sollte man glauben, daß manchen Kartographen — für die die Erdoberfläche doch nur noch wenige weiße Stellen hat —

dieses dort oben dem Elbstrom vorausgelagerte Stück deutscher Erde anscheinend unbekannt ist? In mancher Karte ist Trischen heute noch nicht eingekennzeichnet! Aber die Stadt Altona hatte einen guten Spürsinn: sie hat den Wert des jungen Eilands für ihre Wohlfahrtszwecke erkannt und — auch Düsseldorf bewarbt sich darum — mit dem Besitzer, dem preussischen Staat, schnell einen Pachtvertrag geschlossen. Denn einen Besitzer hat schließlich auch ein trotz seiner Nähe so fernes Eiland wie Trischen. Eine Schar unterernährter Altonaer Kinder wird in diesem Sommer auf Trischens Strand sich tummeln. Das Vogelschutzgebiet der Insel bleibt dadurch unbehelligt, und weil es Schutzgebiet bleiben soll, wird Trischens Einamkeit auch fernherin durch keinen Badebetrieb gestört werden.

Der junge landwirtschaftliche Vermalter, den die Stadt Altona mit seiner Frau auf Trischen sesshaft gemacht hat, wird der Insel abgeminnen, was der fruchtbare Marschenboden nur immer herzugeben vermag. Mit ein paar Anekdoten und Rägen sind die jungen Leute die einzigen Bewohner des Eilands. Auf den softigen Weiden grasst eine große Schafherde, tummeln sich Pferde und hunte Kinder. Das Volk der Enten und Gänse ist hier ganz in seinem Element, und die Kormorane, die in den Augen eines zweckmäßigen Regier allerdings keine erbetenen Inselgäste sind, nähern sich zutraulich ihren niederliegenden Wintervogeln. In dieser Welt, darin alles Ruhe und blühende Sauberkeit ist, scheint auch die Kreatur reiner und gütiger zu werden.

Trischen wächst noch heute und wird wohl auch weiter wachsen. Wenn wieder achtzig Jahre ins Inseland gegangen sind, wird der Tag nicht mehr fern sein, wo Trischen nicht mehr Eiland ist. Denn auch drüben vom Festland bei Friedrichsloog her — das du heute allerdings nur hinter dem Horizont weicht — wächst die Erde herüber. Bei deiner Ueberfahrt erzählten dir weit durchs Battenmeer laufende Balladengötter von dem großen Wert der Landgewinnungsarbeit. Soweit von diesen Pfahlstollen aus landwärts die See sich beugt, sind die Tage des Bassers gezählt. Das eingestochene Wassergebiet wird in wenigen Jahren in Landgebiet sich gewandelt haben, und damit wird die Festlandküste um 2400 Hektar festwärts gerieben sein. Dann werden die Pfahlstollen abermals vormarschieren, wird das Spiel, nein: wird diese mühselige aller Arbeiten von neuem beginnen. Dann wird

„Grün das Gefilde, fruchtbar; Mensch und Herde
Sogleich behaglich auf der neuen Erde,
Gleich angehebelt an des Hügel's Kraft,
Den aufgewälzt süßemüßige Bitterkraft.
Am Innern hier ein paradiesisch Land.“

Und in der Tat: Paradiesisch Land ist der Boden, von dem die See hier verdrängt wird. Der Gatten Eden kann nicht lössichere Erde als dieses fetten Marschenland umschlossen haben. Der Borstsch mit Hade und Spaten nach dem Eiland Trischen ist zwar kostspielige Schachtarbeiten, aber die Bergung des Schönes steht außer Frage!
Matthäus Becker.

